

# forum



Kurz vor dem  
Kollaps

+++ Arbeitsbelastung und Arbeitszeit +++ TVÖD-Beschäftigte am Zug +++

# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

# Zur

Zeit läuft wieder eine Tarifrunde, die für unseren Bereich „Erziehung und Wissenschaft“ von Bedeutung ist. Diesmal sind die Beschäftigten am Zug, für die der TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) gilt. Betroffen sind bundesweit insgesamt 2,14 Millionen Beschäftigte. Unter den GEW-Mitgliedern geht es vor allem um Angestellte, die in kommunalen Einrichtungen arbeiten und nicht dem Beamtenstatus unterliegen: Sozialpädagog\*innen und -arbeiter\*innen, Erzieher\*innen und andere. Dazu findet sich im Heft ein Abriss über den aktuellen Stand und die derzeitige Beschlusslage.

Angesichts der Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstags der GEW NRW, in dessen Rahmen ebenfalls über Arbeitskampfmaßnahmen diskutiert und entschieden worden ist, sei an dieser Stelle auch auf den Artikel zur britischen UCU (Gewerkschaft des Hochschulpersonals) verwiesen, der sich mit weiteren Möglichkeiten des Arbeitskampfs („diesseits“ des Streiks) beschäftigt.

Für die nächsten Monate hat sich der GfV die Themen „Arbeitsbelastung und Arbeitszeit“ als Schwerpunkt gesetzt; diese forum-Ausgabe widmet sich bereits jetzt mit ihren TITELTHEMEN dazu. In diesem Jahr sind weitere Fortbildungen und Veranstaltungen auf diesem Gebiet in Planung. Wir freuen uns, schon jetzt und an dieser Stelle verkünden zu können, dass die erste Veranstaltung in diesem Rahmen bereits nach wenigen Tagen ausgebucht war!

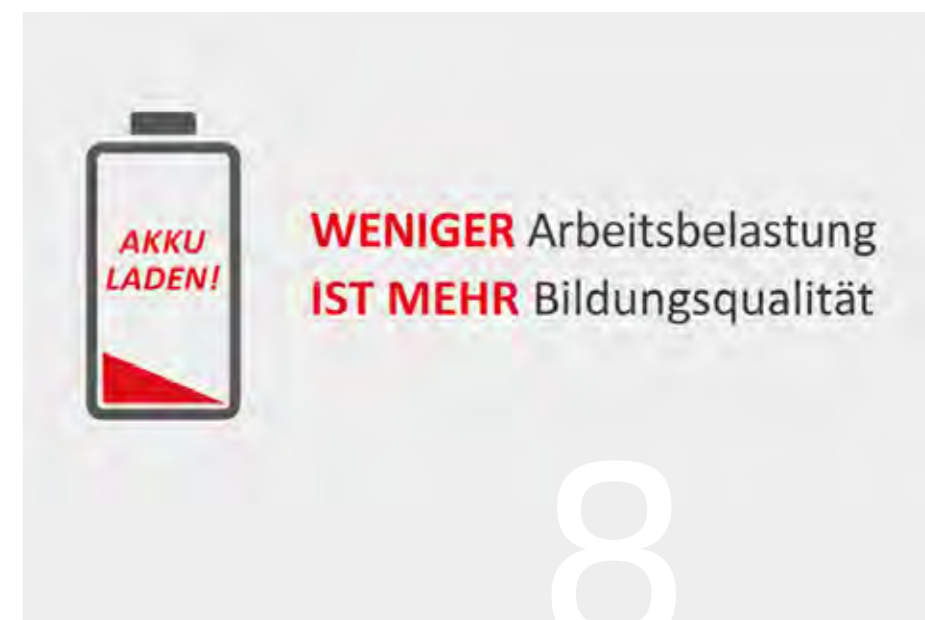
„GfV?“, wird manch eine\*r nun fragen. Die Mitglieder der GEW Köln haben sich im Rahmen der letzten Jahreshauptversammlung ein neues Statut gegeben, das in der Geschäftsstelle angefordert oder auf der Homepage heruntergeladen werden kann. Eine auf den ersten Blick nur formale Neuerung besteht in der Umbenennung des bisherigen „Geschäftsführenden Ausschusses“ (ehemals: GA), der nun „Geschäftsführender Vorstand“ (GfV) heißt. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass dieses 11-köpfige Gremium in Kooperation mit dem „Erweiterten Vorstand“ (dem Vertreter\*innen der Fachgruppen, Ausschüsse und Arbeitskreise angehören) die „Geschäfte führt“. Der GfV trifft sich folglich häufiger als der große „Erweiterte Vorstand“.

Dieses Jahr wird übrigens über die Neubesetzung des GfV abgestimmt (vgl. letzte Umschlagseite). Wer motiviert ist, Ideen mitbringt und Interesse an der Mitarbeit hat, möge sich bitte melden!

Wir hoffen, dass ihr alle gut ins neue Jahr starten konntet und freuen uns auf die kommende Zusammenarbeit!  
Eure „forum“-Redaktion

## forum 1-2018

IN KÜRZE	04
KALENDERBLATT	06
KONTAKTE FG UND AK	07
<b>TITEL</b>	
Arbeitsbelastungen	08
Hauptschulen	09
KITA	10
Kampagne Stadtverband Köln	12
<b>BILDUNGSPOLITIK</b>	
Grundschulen	13
Ja13	16
Honorarlehrkräfte	18
TVöD	19
<b>GESELLSCHAFT</b>	
Inklusion	20
<b>INTERNATIONALES</b>	
<b>HOCHSCHULE</b>	
<b>GEW intern</b>	
Fachgruppe Gymnasium	24
Interview Fachgruppe sonderpädagogische Berufe	28
Gewerkschaftstag	30
Leserbriefe	31
TVöD aktuell	33
Aktive Ruheständler	34



Auf den Internetseiten [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) oder auf [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Köln  
Hans-Böckler-Platz 1  
50672 Köln

**Bezugspreis:** 1,25 Euro.  
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktion:** Eva Hering, Guido Schönian (verantw. Redakteur),

Jutta Jilg, Stefan Schüller

**Geschäftsstelle:**  
Montag, Dienstag, Donnerstag  
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67  
Telefax 02 21 52 54 46

**Homepage:** [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
**E-Mail:** [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)

**Konto:** BBBank eG  
IBAN  
DE93 6609 0800 0000 8831 07

### TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag  
17.00 bis 19.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

**In den Ferien:**  
Landesrechtsschutzstelle  
0201 - 2940337

**Druck:** Zimmermann GmbH, Köln  
**Vertrieb:** GWK, Köln

**Layout:** Atelier Goral, Köln  
**Titelfoto:** dipego/Shutterstock.com  
**Redaktionsschluss nächste Ausgabe:** Ausgabe 2/2018  
Redaktionsschluss: 13.04.2018  
Erscheinungstermin: 14.05.2018



# NEU: GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER HELFEN GEWERKSCHAFTSMITGLIEDERN BEI DER RENTE

Die gesetzliche Rente ist und bleibt der wichtigste Baustein für die Alterssicherung. Deshalb setzen sich die Gewerkschaften für eine gesetzliche Rente ein, die für ein gutes Leben reicht.

Du hast Fragen zur gesetzlichen Rentenversicherung und/oder willst z.B. einen Antrag stellen zur

- Regelaltersrente
- Rente für langjährig Versicherte
- Rente für besonders langjährig Versicherte
- Altersrente für schwerbehinderte Menschen
  - Erwerbsminderungsrente
  - Hinterbliebenenrente

oder du willst vorher dein Versicherungskonto klären lassen, weil nicht alle rentenrechtlich relevanten Zeiten wie z.B. Kindererziehungszeiten, Schul-, Berufsausbildungs-, Arbeitslosigkeits- und Krankheitszeiten berücksichtigt und daher Lücken vorhanden sind.

Dann helfen dir die ehrenamtlichen Versicherten-ältesten (Mittler zwischen Versicherten und der Deutschen Rentenversicherung) und beantworten alle Fragen rund um die Rentenversicherung.

Sie sind selbst Mitglied in der Rentenversicherung, kennen die Probleme von Versicherten ganz genau und werden von der Rentenversicherung regelmäßig geschult.

Sie nehmen Anträge auf und lassen für die Versicherten bei dem zuständigen Rentenversicherungsträger den gegenwärtigen Rentenanspruch berechnen.

Für die Gewerkschaftsmitglieder in Köln berät u. a. nach telefonischer Vereinbarung jeden zweiten Dienstag im Monat (im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Sitzungszimmer 1. OG)

Dieter Schormann  
 T: 02246-8741  
 M: 0151-2504295  
 E-Mail: dieter.schormann@ish.de

# §

## Freistellungsmöglichkeiten für die Betreuung des eigenen Kindes

Übersicht der rechtlichen Grundlagen für Angestellte und Beamt\*innen // von der GEW Wuppertal (bearbeitet durch die „forum“-Redaktion)

Väter und Mütter kommen schnell in Bedrängnis, wenn der Nachwuchs krank ist. Es folgt eine Übersicht zur Freistellung bei der Erkrankung eines Kindes, das nach ärztlichem Attest der Pflege bedarf und für das keine andere im Haushalt lebende Person zur Verfügung steht. Sie gelten für Kinder bis zur Vollendung des 12. Lebensjahrs (keine Altersgrenze bei behinderten Kindern). Zu beachten ist, dass die Ansprüche teilweise für Angestellte und Beamt\*innen unterschiedlich sind:

Angestellte*r, Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV):		
a) Kind versichert in der GKV	zehn Arbeitstage	(bei mehreren Kindern max. 25 Arbeitstage)
b) wie a) aber Elternteil alleinerziehend	20 Arbeitstage	(bei mehreren Kindern max. 50 Arbeitstage)
c) Kind nicht in GKV versichert	vier Arbeitstage	
Angestellte, nicht in der GKV versichert:		
	vier Arbeitstage für jedes Kind	(max. 12 Arbeitstage)
Beamt*innen, deren Bruttoeinkommen unter der Versicherungspflichtgrenze* der GKV liegt:		
a) Kind versichert in der PKV	zehn Arbeitstage	(bei mehreren Kindern max. 25 Arbeitstage)
b) wie a) aber Elternteil alleinerziehend	20 Arbeitstage	(bei mehreren Kindern max. 50 Arbeitstage)
Beamt*innen, deren Bruttoeinkommen über der Versicherungspflichtgrenze* der GKV liegt:		
	vier Arbeitstage für jedes Kind	(max. 12 Arbeitstage)

### Bezahlung während der Freistellung

Angestellte, die gemeinsam mit dem Kind in der GKV versichert sind, erhalten während der Freistellung „Kinderkrankengeld“. Dieses entspricht 70 Prozent der Bruttobezüge und höchstens 90 Prozent des Nettoeinkommens. Angestellte, die nur Anspruch auf die vier bzw. zwölf Arbeitstage Freistellung haben, bekommen ihre Bezüge in dieser Zeit unverändert ausbezahlt. Beamt\*innen haben grundsätzlich Anspruch auf die Auszahlung der vollen Gehälter.

\*= Die Versicherungspflichtgrenze (2015: 54.900 €) errechnet sich aus den durchschnittlichen Jahresbezügen einschließlich der Sonderzahlungen. Familienbezogene Zuschläge werden nicht eingerechnet.

### Quellen:

- Freistellungs- und Urlaubsverordnung §33 [Beamt\*innen]
- SGBV §45 (2) [Angestellte]

**März 2018**

14.03.18, 17.30 Uhr, TH Köln Campus Südstadt, Ubiering 48, Raum 207/208

**FG Hochschule und Forschung**

14.03.18, 18 Uhr, Tagungsraum (EG)

**FG Kita „Inklusion – Möglichkeiten und Grenzen im Kita-Alltag“**

15.03.18, 10.45 Uhr, Führung durch das Deutsche Sport & Olympia-Museum, Köln

**Aktive Ruheständler\*innen**

19.03.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Ausschuss Angestellte Lehrkräfte****April 2018**

09.04.18, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Junge GEW**

11.04.18, 17.30 Uhr, Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Str. 47b, Raum 2.009

**FG Hochschule und Forschung**

12.04.2018, 17 Uhr, Großer Saal (1. OG)

**„Wege in den Ruhestand“ mit Jürgen Gottmann**

12.04.18, 17.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**FG Gesamtschule**

12.04.18, 19 Uhr, GEW-Besprechungszimmer (1. OG)  
**AK Homosexuelle Lehrer\*innen:** Planung der Teilnahme einer Lehrkräftegruppe an der Demo (Parade) zum Colognepride (Kölner CSD) und evtl. zwei weiteren CSD-Veranstaltungen in NRW

16.04.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**

17.04.2018, 11.15 Uhr, Führung durch das LVR-Industriemuseum Gesenkschmiede Hendrichs in Solingen

**Aktive Ruheständler\*innen**

25.04.18, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)

**Jahreshauptversammlung****Mai 2018**

01.05.18: Kundgebung zum Tag der Arbeit

03.05.18, 19.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**FG Sonderpädagogische Berufe**

04.05.18, 19 Uhr, Ort und Programm noch offen

**AK Homosexuelle Lehrer\*innen**

07.05.18, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Junge GEW**

# TERMINE

## MÄRZ

## APRIL

## MAI

## JUNI



09.05.18, 17.30 Uhr, TH Köln Campus Südstadt, Ubiering 48, Raum 207/208

**FG Hochschule und Forschung**

14.05.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**

16.05.18, 10.30 Uhr, Führung: Das Bensberger Schloss und das Rathaus in Bensberg mit Markus Juraschek-Eckstein

**Aktive Ruheständler\*innen****Juni 2018**

04.06.18, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Junge GEW**

05.06.18, 17.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**FG Gesamtschule**

07.06.18, 19 Uhr, GEW-Besprechungszimmer (1. OG)

**AK Homosexuelle Lehrer\*innen**

11.06.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

**Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**

13.06.18, 17.30 Uhr, Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Str. 47b, Raum 2.009

**FG Hochschule und Forschung**

14.06.18, 10.45 Uhr, Themenführung „Grüne Apotheke“ im Botanischen Garten

**Aktive Ruheständler\*innen****AK Homosexuelle Lehrer\*innen**

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im geraden Monat und jeden Freitag im ungeraden (außer an Ferien- und Feiertagen) um 19 Uhr zum Austausch über die berufliche und persönliche Situation und alles, was mit dem Thema „Lesben, Schwule und Schule“ zu tun hat. Im Sommer ist wieder eine Teilnahme einer Lehrkräftegruppe an der Demo (Parade) zum Colognepride (Kölner CSD) und evtl. zwei weiteren CSD-Veranstaltungen in NRW geplant. Näheres wird am 12.04. besprochen.

## Arbeitsgremien zum Mitmachen!

**FACHGRUPPEN**

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg\*innen.

**BERUFSSKOLLEG**

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

**ERWACHSENENBILDUNG**

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

**GESAMTSCHULE**

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

Werner Balfer, 0221-745180, w.balfer@posteo.de

**GRUNDSCHULE**

Martina Schütte, schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

**GYMNASIUM**

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide\_panek@web.de

**HAUPTSCHULE**

Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

**HOCHSCHULE UND FORSCHUNG**

Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

**REALSCHULE**

Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327, elkegoergen@web.de

**FÖRDERSCHULE/ SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE**

Heiner Brokhausen, 02227-830567, heinerbro@web.de

Esther Brandt, 02204-305784, post@esther-brandt.de

**SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA**

Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

**AUSSCHÜSSE**

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

**AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN**

Helga Löbber, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

**ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE**

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, christinakrautwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide\_panek@web.de

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

**HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE**

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,

b.kiefer1@gmx.de

**JUNGE GEW/STUDIERENDE**

Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de

Anneka Hündgen, hib-koeln@gew-nrw.de

**LEHRER\*INNEN UND ERZIEHER\*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)**

Beate Kleifgen, beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

Mustafa Ayırtır (HSU), 0172-7536269, ayirtir\_mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak, helnorosch@unitybox.de

**OFFENER GANZTAG**

Hildegard Merten, 0221-526722, hi.merten@web.de

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

**ARBEITSKREISE**

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

**INKLUSION**

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

**SCHULENTWICKLUNG KÖLN**

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@netcologne.de





**WENIGER** Arbeitsbelastung  
**IST MEHR** Bildungsqualität

## Der Druck muss raus!

„Geschäftsführender Vorstand“ der GEW Köln setzt sich den Themenschwerpunkt „Arbeitsbelastung/Arbeitszeit“ // von Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV

Im Rahmen seiner Klausurtagung hat der „Geschäftsführende Vorstand“ der GEW Köln (GfV; vormals: GA) beschlossen, sich des Themas „Arbeitsbelastung/Arbeitszeit“ anzunehmen. „Lehrkräfte in Deutschland arbeiten im Durchschnitt länger als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst“, wird in der aktuellen Studie zur Arbeitszeit von Lehrer\*innen festgestellt, die der GEW-Landesverband Niedersachsen in Auftrag gegeben hat. Verglichen wurden in der Meta-Studie unter anderem 20 Studien aus sechs Jahrzehnten zur Lehrkräftearbeitszeit. Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe merkt dazu an: „Seit rund 20 Jahren werden den Lehrkräften ständig weitere Aufgaben draufgesetzt, ihre Pflichtstundenzahl wurde aber nicht grundsätzlich reduziert“. Das bekommen wir in der Praxis tagtäglich zu spüren.

### Alle sind betroffen

Diese und ähnliche Feststellungen gelten natürlich nicht nur für Lehrer\*innen. Auch die anderen Berufsgruppen im Bildungsbereich sind davon betroffen. Schließlich sehen sich (im Zuge der Inklusion) auch die Erzieher\*innen und das pädagogische Personal in Kitas und anderen Bildungseinrichtungen mit zusätzlichen qualitativ-inhaltlichen Herausforderungen konfrontiert. Die Arbeitsverdichtung nimmt zu aufgrund von quantitativer Steigerung der Aufgaben

und qualitativer Ausweitung der Arbeitsfelder. An den Hochschulen (und nicht nur dort!) kommt noch hinzu, dass die Beschäftigungsverhältnisse in zunehmendem Maße prekär sind. Der akademische Mittelbau ist zum größten Teil nur noch befristet beschäftigt. Dadurch wird die angespannte Situation durch psychischen Druck und die Sorge um Anschlussverträge noch weiter verschärft.

### Probleme erfassen, Lösungsansätze verfolgen

Das Ziel, das sich der GfV mit dem beschriebenen Themenschwerpunkt nun gesteckt hat, besteht darin, die Kolleg\*innen zu informieren, Möglichkeiten des Austauschs zu bieten und Lösungsansätze zu formulieren. Geschehen soll dies durch ein breites Angebot an spezifischen Fortbildungen und Veranstaltungen. Wir wünschen uns natürlich, dass sich auch Nicht-Mitglieder angesprochen fühlen und den Weg in die GEW finden.

### Mitarbeit gewünscht!

Da der GfV einen Fragebogen zu diesem Thema erstellen wird, besteht die Möglichkeit sich mit Informationen aus der eigenen Praxis, Einschätzungen und Vorschlägen selbst einzubringen. Wir wünschen uns, dass die Kolleg\*innen in ihren Einrichtungen darüber ins Gespräch – und im besten Fall dann zu zweit, dritt, viert ... zu den entsprechenden Treffen kommen!

# Schulunterricht kann die Gesundheit gefährden

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihre Lehrkräfte ... ein Hilferuf aus der Hauptschule // Autor\*in möchte anonym bleiben//

Mit diesem Statement möchte ich weder unsere Schule noch meine Kolleg\*innen und auch nicht die Schulleitung kritisieren. Denn alle machen hervorragende Arbeit, die meist weit über ihre Arbeitszeit und auch über ihre Kräfte hinaus reicht. Auch unsere Schüler\*innen können nichts für die Probleme des Schulsystems. Ich möchte nur beschreiben, wie die Arbeit an den Hauptschulen immer schwerer geworden ist und die Bedingungen die beteiligten Menschen krank machen.

### Besondere Bedingungen an der Hauptschule

Dass der Unterricht an Hauptschulen nie ein Zuckerschlecken war und die Rahmenbedingungen an Hauptschulen immer schon schlechter waren als an anderen Schulformen, daran hatte ich mich in meiner 16-jährigen Laufbahn als Hauptschullehrerin schon (fast) gewöhnt. Ich hätte aber nicht zu (alb)träumen gewagt, dass es noch viel schlechter werden könnte. Das ist aber nun seit ein paar Jahren der Fall durch weitere strukturelle Maßnahmen und noch schlechtere Rahmenbedingungen.

Die Hauptschule hatte bisher einen Vorteil gegenüber den höheren Schulformen: Sie hatte kleinere Klassen. In kreativen Fächern wie Kunst, Textilgestaltung oder Technik sowie in Fächern wie Physik oder Informatik wurden nur kleine oder halbe Gruppen in extra dafür eingerichteten Fachräumen unterrichtet.

Das war auch gut so, denn der Großteil der Kinder und Jugendlichen an Hauptschulen braucht individuelle Hilfeleistung und Förderung aller Art. Viele von ihnen haben

den Kopf nicht frei zum Lernen, sie können sich schlecht konzentrieren und sind schwer zu motivieren, weil sie mit teilweise schwerwiegenden privaten und persönlichen Problemen konfrontiert und deshalb in der Schule oft gleichzeitig unter- und überfordert sind. Es erfordert deshalb viel Knowhow, Einfühlungsvermögen, Geduld und gute, stabile Rahmenverhältnisse, um diese Defizite zumindest teilweise aufzufangen und die Schüler\*innen zum Lernen zu motivieren, was leider auch nicht immer geklappt hat.

Aber seit über zwei Jahren findet der Unterricht in Fächern wie Kunst, Textilgestaltung, Informatik und Physik nun vorwiegend mit ganzen Klassen von bis zu 27 Schüler\*innen statt, weiterhin in den Fachräumen, die für maximal 12-16 Schüler\*innen ausgestattet sind.

### Überfüllte Klassen

Im Kunstraum gibt es zum Beispiel nicht ausreichend Werkzeuge, die breiter sind als normal. Man muss spontan improvisieren und aus den Nachbarklassen normale Schulbänke und Stühle ausleihen. Der ohnehin kleine Raum ist jetzt mit Tischen und Stühlen so vollgestopft, dass man kaum noch durch den Raum kann, wenn man sich die Arbeiten der Schüler\*innen anschauen oder die Schüler\*innen beraten will. Man kommt nicht durch, ohne jemanden anzurempeln oder womöglich über Schüler\*innen zu fallen.

Für die Schüler\*innen ist das ein katastrophaler Zustand: Alleine die Enge des Raumes, das enge Nebeneinandersitzen machen die Schüler\*innen zusätzlich aggressiv, körperliche Auseinandersetzungen sind leider nicht zu vermeiden. Manche haben Platzangst und bitten deshalb, draußen arbeiten zu dürfen.

Auch der hohe Lärmpegel, den 27 Schüler\*innen in einem viel zu engen Raum in einem kreativen Fach verursachen, ist kaum erträglich. Die Lautstärke geht oft weit über die Grenzen des Erträglichen hinaus und grenzt manchmal an Körperverletzung.

### Fachräume? - Fehlanzeige!

Kunst in einem Klassenraum zu unterrichten geht nur, wenn wir wenig praktisch arbeiten. In einem kreativen Fach wie Kunst, in dem viel mit Materialien und Medien gearbeitet wird, wo die großen Waschbecken, die Staffeleien, die Projektionsflächen, das Bildmaterial etc. fehlen, sind die Klassenräume absolut ungeeignet.

Ein weiteres trauriges Beispiel ist der Informatikunterricht. Ganze Klassen mit bis zu 26 Schüler\*innen werden in einem Computerraum unterrichtet, der nur mit 13 Rechnern ausgestattet ist. Zwei Schüler teilen sich einen Computer, das bedeutet, einer ist immer eine Zeit lang zum Nichtstun

verdonnert, langweilt sich, stört die anderen – und die Lehrkraft muss sich durchgehend „kümmern“. Es ist immer wieder ein regelrechter Kampf zwischen Schüler\*innen und Lehrkräften, der keinem Spaß macht. Der Informatikunterricht muss leider wegen untragbarer Umstände immer wieder in einen Klassenraum ohne Computer verlegt werden. Es gab dann lediglich Arbeitsblätter mit Lücken- und Abschreibetexten.

### Inklusion

Zu den schlechten räumlichen Bedingungen kommt hinzu, dass wir seit mehreren Jahren eine Inklusionsschule sind. Zusätzlich zu unseren Hauptschüler\*innen, von denen ein Großteil ebenfalls förderbedürftig ist, haben wir jetzt auch „offizielle“ Förderkinder.

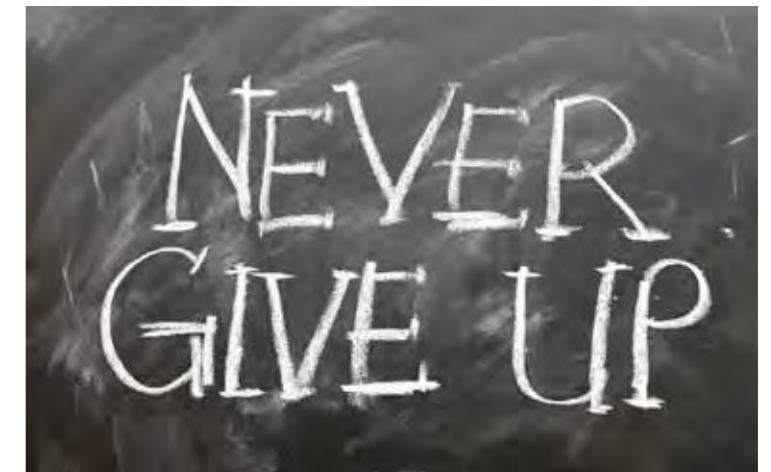
Oft arbeiten sie nicht mit, liefern keine Ergebnisse und resignieren – trotz großen Einsatzes der dafür nicht ausgebildeten Lehrkräfte. Im schlimmsten Fall jedoch, der etwas öfter eintritt, gehen die nicht benotbaren Förderschüler\*innen respektlos über alle möglichen Grenzen hinweg und mischen

auch lebensbedrohlich werden, vor allem im Fach Physik.

Es ist ohnehin unzumutbar für alle Beteiligten, einen Großteil der ehemaligen Förderschüler\*innen in die Hauptschulen zu stecken. An Förderschulen wurden sie in kleinen Gruppen unterrichtet, in ausreichend großen Räumen mit ausreichend Mobiliar und Medien. An der Hauptschule sind sie mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen. Wenn in einer Klasse mit 22 meist problematischen Hauptschüler\*innen noch drei bis fünf Förderschüler\*innen hinzukommen und gleichzeitig die räumlichen und medialen Rahmenbedingungen miserabel sind, dann ist das oft kein Unterrichten mehr, sondern ein Überlebenskampf aller Beteiligten.

### „Nicht genug Lehrer\*innen“, so wird gesagt

Die Gruppen aufzuteilen, wie das vor ein paar Jahren noch möglich war, geht nicht mehr. Nicht genug Lehrer\*innen, sagt man uns! Trotzdem soll kein Unterricht ausfal-



den Unterricht kräftig auf.

Hilfe von außen bekomme ich nicht. Kein Wunder, bei nur drei Förderlehrkräften für 16 Klassen mit je rund 25 Schüler\*innen und mehreren Förderschüler\*innen pro Klasse. Die paar Förderlehrkräfte werden meist den Klassenlehrer\*innen zugeteilt oder sind gerade anderweitig eingesetzt. In den letzten zwei Jahren war noch keinE einziger zusätzlicher Förderlehrer\*in bei mir in meinem Unterricht.

### Dem Lehrplan hinterherhinken ...

Man kann unter diesen Bedingungen in den Fächern Kunst, Informatik, Physik, usw. kaum noch interessante Themen bearbeiten oder dem Lehrplan gerecht werden. Oft sind deshalb nur einfachste Unterrichtsmethoden möglich, wie Abschreiben oder Nachzeichnen, die niemandem Spaß machen. Experimente werden unter solchen Bedingungen unmöglich gemacht und können u. a.

len. Also fangen die Lehrer\*innen und die Schüler\*innen den Lehrermangel auf ihrem Rücken auf, durch Konzepte in Eigeninitiative wie die Einrichtung eines Trainingsraumes, einer Lehrer-Besprechungsstunde, einer Streitschlichter- und einer Nachsitzerstunde. Diese Konzepte sind unter den gegebenen Umständen leider nötig und erfordern die Anwesenheit und den persönlichen Einsatz der Lehrkraft vor Ort. Dafür arbeitet fast jedeR Lehrer\*in unentgeltlich mehrere Stunden pro Woche mehr in der Schule, zusätzlich zu den gesetzlichen 28 Unterrichtsstunden und den üblichen unentgeltlichen Überstunden.

So sind wir gesundheitsgefährdenden Situationen ausgesetzt. Wir sind überfordert, Schüler\*innen wie Lehrer\*innen.

Diese Sparmaßnahme geht an die Substanz aller Beteiligten. Das Recht auf Bildung wird durch diese Umstände für viele Schüler\*innen ausgehebelt!

# Ein ganz normaler Kita-Tag

Die Belastungen in den Kindertageseinrichtungen haben enorm zugenommen: zu große Gruppen, zu wenig Personal, schlechte räumliche Ausstattung. Es folgt ein Bericht, der im Rahmen einer Veranstaltung zur KiTa-Qualität der Landespolitik vorgestellt wurde // von der Fachgruppe Kita der GEW Köln



Die Kita, aus der anonymisiert berichtet wird, ist eine 4-gruppige Einrichtung mit 85 Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren und einer Öffnungszeit von 7.30 bis 16.30 h. Sechs Erzieher\*innen und fünf Ergänzungskräfte könnten es sein, doch eine Vollzeitstelle ist nicht besetzt – jemand ist schon länger erkrankt. Und die Leitung ist gemäß Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiZ) nur anteilmäßig freigestellt.

# INKLUSION

## Einladung

„Inklusion – Möglichkeiten und Grenzen im Kindertagesstätten-Alltag“

Die Fachgruppe Kita des Stadtverbands Köln lädt zur Veranstaltung ein!

Wann: **Mittwoch, 14. März 2018**

Wo: DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Tagungsraum (EG)

Um: 18 Uhr

In der Veranstaltung wird auf die Situation in den Kitas aufmerksam gemacht und über die Umsetzung der Inklusion in NRW-Kindertagesstätten diskutiert.

Zur Veranstaltung ist eingeladen:

Josef Neumann, MdL

Sprecher im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Beauftragter für INKLUSION der SPD NRW

Unsere Veranstaltung ist für alle Interessenten offen und die Teilnahme ist kostenlos.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Kontakt zur Fachgruppe: Brunhilde Seeber | E-Mail: [brunhilde.seeber@gew-nrw.de](mailto:brunhilde.seeber@gew-nrw.de)

- 7.30 h Zusammen mit meiner Frühdienstkollegin beginne ich den Tag. Die Gruppen werden vorbereitet und die ersten Kinder treffen ein.  
Kollegin H. meldet sich – ihr Kind ist krank und sie muss mit ihm zum Arzt. Leider ist ihre Kollegin in der Gruppe heute auf Fortbildung. So sind schon mal zwei Kolleg\*innen weniger im Haus („plus 1 Langzeiterkrankte im Sinn“)
- 8.00 h Die Kolleginnen beginnen ihren Dienst und holen ihre Kinder in die eigenen Gruppen. Nur Kollegin B. nicht, sie nimmt Kinder aus zwei Gruppen mit. Eine weitere Kollegin hat sich krank gemeldet. Also minus 3 (plus 1 im Sinn) Ob die Wald AG heute Morgen stattfinden kann?
- 9.00 h Als die Vertretung für Kollegin H. geregelt ist, ist die Einrichtung schon allmählich voll. 60 Kinder sind da. Es sind sieben Kräfte im Haus für vier Gruppen. Jetzt steht fest, die Wald AG kann heute nicht stattfinden.
- 9.10 h Eine besorgte Mutter möchte uns kurz etwas über ihr Kind erzählen. Trotz angespannter Personaldecke räumen wir der Mutter die Möglichkeit ein, uns in Ruhe ihre Sorgen mitzuteilen.
- 10.30 h Bis zu 25 Kinder pro Gruppe wollen individuell gefördert werden in Sprache, Bewegung, mathematisch-naturwissenschaftlich, beim Bauen und Konstruieren! Diesem Bedürfnis kommen wir gerne nach, doch unter der personellen Mangelsituation ist das nur unter erschwerten Bedingungen möglich.  
Bildungsauftrag - wo bleibst du?
- 10:45 h Ein Kind hat mit ganz viel Papier das Klo verstopft: Mit Pömpel und Handschuhen bewaffnet beginne ich Klopapierrollen aus der Toilette zu fischen.  
Auch der selbstständige Gang zur Toilette muss immer häufiger in der Kita erlernt werden durch den Ausbau der U3 und Ganztagsbetreuung – vom Windel wechseln mal ganz zu schweigen.
- 11.00 h Uuuups, beinahe vergessen! Das Essen muss in den Ofen. Diese Aufgabe klingt einfach, kann in Engpasszeiten mal aus dem Fokus geraten. Darüber hinaus gilt es, Speisepläne zu machen, Bestellungen aufzugeben und alles natürlich nach ernährungswissenschaftlichen Grundsätzen.  
Im KiBiZ sind hauswirtschaftliche Kräfte nicht vorgesehen. Die Versorgung und Beköstigung ist durch die massive Zunahme an Ganztags- und U3-Plätzen in den Kindertagesstätten wesentlich wichtiger geworden als noch vor Jahren.
- 12.30 h Mittagessen in der Kita: In einigen Gruppen müssen Tische um- oder aufgestellt werden, da der Platz sonst nicht für alle Kinder ausreicht. Auch hier gilt: Wenn wir früher zehn Kinder in den Gruppen hatten zum Essen sind es heute 20 oder mehr Kinder – und Kinder müssen diese Kulturtechniken des Essens auch erst einmal lernen.  
Die Tische zurück gestellt und den Besen geschwungen, denn es gab Reis. Jede Erzieherin weiß, was das heißt...  
Der nächste Umbau beginnt, denn einen eigenen Raum für Ruhephasen gibt es nicht, deshalb werden Betten geschoben, Matratzen ausgelegt u.s.w. Alles wird multifunktional genutzt.  
Zwischendurch haben die Kolleg\*innen auch ihre Pause, die sie wirklich verdient haben. Ein Pausenraum? Leider Fehlanzeige in vielen Einrichtungen.
- 14.00 h Unsere Nachmittagsangebote, AGs wie das „Forschartreffen“, Tanz-, Ball- oder Fingerspielgruppe sind in solchen Fällen ebenfalls nur schwer oder gar nicht zu realisieren. Finden diese dann doch statt, dann unter einer Doppelbelastung des Personals, was nicht im Sinne einer guten Qualitätsarbeit ist. Wer bleibt denn hier wieder auf der Strecke?
- 15.00 h Die ersten Eltern kommen und holen Ihre Kinder. Auch hier müssen wir noch mal hoch motiviert sein, Kraft und Energie besitzen, um wichtige Information an die Eltern der Kinder zu geben und das bei dem Personalstand vom Tag.  
Das Gespräch von heute Morgen habe ich noch gar nicht dokumentiert. Und keine Beobachtungen aufgeschrieben – keine Ziele und individuell angepassten Schritte und Methoden zur Umsetzung überlegt...
- 16.00 h Ich übergebe die verbliebenen Kinder an den Spätdienst und habe gleich Feierabend. Dienstschluss, ausgepowert aber mit dem Gedanken: „Morgen, da hab ich vielleicht Vorbereitungszeit und kann endlich etwas aufarbeiten!“ - Und wenn nicht .....?????



Die GEW fordert u.a. eine verbindliche und vom Land ausfinanzierte Mindestpersonal-Bemessung. Für unter dreijährige Kinder ist eine Fachkraft-Kind-Relation von drei Kindern zu einer Fachkraft, und für über dreijährige Kinder von 7,5 zu 1 notwendig, um die pädagogische Qualität zu gewährleisten.

Darüber hinaus können und müssen je nach Bedarf (z.B. Inklusion) weitere Fachkräfte ergänzend tätig sein, um damit multiprofessionelle Teams zu ermöglichen.

Eine zusätzliche Reserve für Ausfall- und Verfügungszeiten von mindestens 25 % muss eingeplant werden.

Für die Reinigung der Einrichtung und die Essenszubereitung sowie sonstige hauswirtschaftliche Tätigkeiten muss entsprechendes hauswirtschaftliches Personal zur Verfügung stehen.

Das „Gemeinsame Eckpunktepapier“ von GEW, ver.di und DGB kann komplett unter [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) abgerufen werden. Wichtigste Punkte in dem verfassten Papier sind vor allem

- der Personalschlüssel in den Kitas
- die Finanzierung
- die Öffnungszeiten und
- die Gruppenstrukturen.

# Es wird Zeit, dass sich etwas ändert

GEW-Umfrage zu den Arbeitsbedingungen an den Schulen in Köln // von **Elke Görgen-Schmickler, Mitglied des GfV**

Im Landtagswahlkampf versprach uns Frau Gebauer – wenn sie Bildungsministerin in NRW werden würde – entscheidende Veränderungen und Entlastungen, vor allem bei der Inklusion von Schülerinnen und Schülern an den Regelschulen. Geschehen ist bisher auf diesem Gebiet wenig bis nichts. Nur bei wenigen Förderschulen konnte die Schließung abgewendet werden und die schlechten Bedingungen an den Schulen, die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarfen unterrichten, haben sich nicht verbessert.

Im Gegenteil: Die Belastungen für Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen NRWs sind unverändert hoch. Die Schülerzahlen steigen, der Lehrermangel nimmt zu. Immer häufiger müssen für Mangelfächer Seiteneinsteiger\*innen eingestellt werden, manche Stellen bleiben unbesetzt, vor allem in den Grundschulen. Die ausfallenden Stunden müssen häufig über Mehrarbeit gedeckt werden, was die Belastung der einzelnen Lehrkraft erhöht. Nur wenige erreichen das offizielle Renten- bzw. Pensionsalter. Die Schülerschaft wird auch

nicht einfacher. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Förderbedarfen muss ebenso geleistet werden wie die Integration von Flüchtlingskindern.

Werden Kollegen und Kolleginnen aufgrund dieser Bedingungen krank, so ist die Vertretungsreserve für sie so gering, dass jede Langzeiterkrankung Kollegien vor schwierige Probleme stellt. Ganz zu schweigen von den baulichen Mängeln der Schulen, die zu genüge in der Presse dargestellt wurden.

Vor dem Hintergrund dieser Bedingungen hat sich der „Geschäftsführende Vorstand“ (GfV) der GEW Köln entschieden, in den kommenden Monaten eine Umfrage unter allen GEW-Kollegen und Kolleginnen zu starten, um so einen genaueren Überblick darüber zu erhalten, welches die größten Belastungsfaktoren für euch sind.

Zu den drängendsten Problemen werden wir Forderungen aufstellen, Kampagnen initiieren und Druck machen, damit sich an Schulen endlich was ändert.



**Martina Schütte, Annette Große-Heilmann, Sylvia Reichenbach, Fachgruppe Grundschule //**

Ein großer Andrang herrschte im Januar bei der von der Fachgruppe Grundschule organisierten Veranstaltung „DiFeS - wie geht das?“. 65 Kolleg\*innen aus den Kölner Grundschulen suchten Rat im Umgang mit DiFeS – der Dokumentation individueller Förderung eines/r Schülers/in. Ulrike Schreckenberger, seit vielen Jahren Sonderpädagogin an der Grundschule „Kunterbunt“ und Fachberaterin für „Gemeinsames Lernen“ beim Schulamt der Stadt Köln, erläuterte die Entstehung von DiFeS und den Umgang damit.

Die große Nachfrage und vor allem auch die unzähligen Fragen von Seiten der Grundschulkolleg\*innen und Sonderpädagog\*innen zeigten die Verunsicherung und mangelnde bzw. fehlerhafte Weitergabe von Informationen durch Schulleitungen und Schulaufsicht.

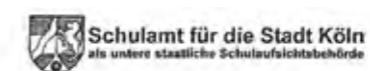
## DiFeS – was ist das?

DiFeS ist eine ‚Formularsammlung‘ des Schulamtes für die Stadt Köln, entstanden während der Arbeit der Kölner Kompetenzzentren, die in einer strukturierten Abfolge bei der Planung und Durchführung von Diagnose- und Fördermaßnahmen hilfreich eingesetzt werden kann.

DiFeS beinhaltet unter anderem Protokollbögen für Gespräche und Absprachen, Schweigepflichtentbindungen, Förderpläne und ist in 3 aufeinander aufbauende Bilanzstufen gegliedert. Benötigt ein Kind besondere Unterstützungsmaßnahmen, leitet die Grundschullehrer\*in die Bilanzstufe 1 ein.

Als ‚Hilfsinstrument‘ dient es auch dazu, die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen festzuhalten und zu überprüfen.

DiFeS ist explizit nicht für die Dokumentation einer ganzen Klasse vorgesehen –



Dokumentation  
individueller  
Förderung  
eines/r  
Schülers/in



wie vielfach nachgefragt, sondern für einzelne Schüler\*innen, bei denen besondere Auffälligkeiten beobachtet werden.

DiFeS ist auch nicht Voraussetzung, um ein Verfahren nach AO-SF einzuleiten, denn die ‚Formularsammlung‘ hat keine Rechtsverbindlichkeit.

Grundsätzlich kann eine gut geführte Dokumentation der bereits durchgeführten Maßnahmen ein Verfahren nach AO-SF erleichtern und ggf. verkürzen. Die Verantwortung liegt bei dem/der Klassenlehrer\*in,

welche laut Auskunft von Frau Schreckenberger sinnvollerweise ihre Fördermaßnahmen und Gespräche mit Eltern, Therapeuten und ggf. OGS-Mitarbeiter\*innen sorgfältig dokumentieren sollte.

Selbstverständlich können schulinterne und bereits vorhandene Förderpläne sowie eigene aussagekräftige Dokumentationsunterlagen verwendet werden.

Ab der Bilanzstufe 2 und dem Einsatz von Förderkonferenzen ist die Beteiligung einer Sonderpädagogin/eines Sonderpädagogen erforderlich.

Schulen ohne Sonderpädagog\*innen sollten die nächstgelegene GL-Schule um Unterstützung bitten oder sich an die Schulaufsicht wenden. Die Sonderpädagog\*innen sind als Berater bei der Erstellung von Förderplänen sowie - mit schriftlichem Einverständnis durch die Eltern - für die Test-Diagnostik zuständig.

Für den Erhalt der zusätzlichen OGS-Gelder von ca. 5.000 Euro für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf ist ein Nachweis notwendig. Ob und in welcher Form die DiFeS-Dokumentation hierfür herangezogen werden kann, muss letztendlich noch geklärt werden. Im laufenden Schuljahr wurde die Bilanzstufe 2 von Seiten des Schulträgers erwartet und als Grundlage genommen.

Eine Gleichstellung der Bilanzstufe 2 mit dem AO-SF-Bescheid sichert die OGS-Finanzierung auf der einen Seite, andererseits wird so der Anspruch, zu fördern ohne ein Kind ‚abzustempeln‘, torpediert und widerspricht somit dem Ansatz, eine Zuschreibung oder Stigmatisierung zu vermeiden.

Weitere Informationen zum Thema DiFeS und Gemeinsames Lernen erhalten Schulen unter tIPS - hierfür bitte bei den Schulleitungen oder der Fachberatung ‚Gemeinsames Lernen‘ beim Schulamt nachfragen.

## Novelle des Hochschulgesetzes – Zurück in die Vergangenheit

//AStA Uni Köln//

**E**nde Januar wurden die Eckpunkte zur Novellierung des Hochschulgesetzes durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW vorgestellt. Geplant sind u.a. die Anwesenheitspflicht wieder einzuführen, die demokratische Mitbestimmung an den Hochschulen einzuschränken und die Vertretung der Belange der studentischen Hilfskräfte ersatzlos zu streichen.

Hierzu äußert sich Imke Ahlen, 1. AStA-Vorsitzende: „Wir sind fassungslos über die geplante Verschlimmerung des Hochschulgesetzes. Anscheinend soll es einfach wieder wie bei der letzten schwarz-gelben Landesregierung von vor zehn Jahren aussehen. Gerade die großen Fortschritte des Hochschulzukunftsgesetzes, die durch die Studierenden erkämpft wurden, sollen wieder abgeschafft werden.“

Die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte, die erst vor drei Jahren im Hochschulgesetz verankert worden sind, sollen nun wieder gestrichen werden. An der Universität zu Köln besteht diese Vertretung aus sechs Personen, dem sogenannten SHK-Rat, die die Aufgaben, die sonst ein Personalrat erfüllt, übernehmen. Laut Eckpunktepapier der Landesregierung sei der SHK-Rat ein Fremdkörper in der Interessenwahrnehmung der Personalvertretung. Eine Begründung die völlig unverständlich ist und Ahnungslosigkeit zeigt, da studentische Hilfskräfte überhaupt nicht durch die Personalräte der Universität vertreten werden bzw. vertreten werden können.

Zu einem gemeinsamen Treffen der Landes-Asten wurde Ministerin Pfeiffer-Poengen bereits eingeladen, um sich mit den Studierendenvertretungen in NRW auszutauschen, allerdings folgte sie dieser Einladung bisher nicht.

Nach den Landtagswahlen 2017 war die Spannung bei der Arbeitsgruppe „Neues Kita-Gesetz“ der Gewerkschaften groß, wie der neue Koalitionsvertrag und der neue Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration die schlechten Bedingungen in NRWs Kindertagesstätten berücksichtigen und beheben werden.

Doch nach Veröffentlichung der Absichtserklärung der Landesregierung ohne einen Hinweis, dass es zu einem neuen Kita-Gesetz kommen wird, haben die Gewerkschaften einen Brief an Minister Stamp mit ergänzenden Hinweisen der gewerkschaftlichen Forderungen hinsichtlich einer guten frühkindlichen Bildung sowie guter und sicherer Arbeitsplätze und -bedingungen für die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen verfasst.

Bisher gab es allerdings aus dem Ministerium keine Antwort auf den hier abgedruckten Brief von Dorothea Schäfer, der Vorsitzenden der GEW NRW. So wird sich die Arbeitsgruppe „Neues Kita-Gesetz“ weiter für die Belange der Kita-Beschäftigten einsetzen.

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



Vorsitzende

Tel.: 0201/ 29403-20  
Fax: 0201/ 29403-67  
dorothea.schaefer@gew-nrw.de

unser Zeichen: L 20 DS  
Datum: 22.01.18

An das  
Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration  
Herrn Minister Dr. Joachim Stamp  
Haroldstraße 4

40213 Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Stamp,

aus dem Koalitionsvertrag konnten wir entnehmen, dass es der Landesregierung im Bereich der Kindertageseinrichtungen vor allem um die Trägersicherung durch eine verbesserte Finanzierungsstruktur, sowie um die Themen Randzeitenbetreuung und Ausbildung geht.

Als Interessenvertretung der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen und in der Verantwortung für die Zukunft dieser Gesellschaft wenden wir uns heute an Sie, um die gewerkschaftlichen Forderungen hinsichtlich einer guten frühkindlichen Bildung sowie guter und sicherer Arbeitsplätze und -bedingungen für die Fachkräfte deutlich zu machen.

Der DGB, die GEW und ver.di haben Anfang 2015 eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit den gewerkschaftlichen Forderungen zu einem neuen Kitagesetz auseinandergesetzt hat. Aus diesen Überlegungen ist ein gemeinsames Eckpunkte-Papier entstanden, welches als Anlage beigefügt ist und weiterhin unsere Position zu dem Themenfeld frühe Bildung darstellt.

Zu den aktuellen Absichtserklärungen der Landesregierung wollen wir folgendes ergänzen:

### 1) Finanzierungsstruktur

Wir begrüßen die Unterstützung der Träger mit 500 Millionen Euro zusätzlich für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019.

Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass diese Unterstützung der Träger nicht ausreicht, um die strukturelle Unterfinanzierung und die prekäre Personalsituation zu beheben. Dazu benötigt es weiterer finanzieller Mittel in Milliardenhöhe. Aktuell sind darüber hinaus gesonderte Anstrengungen erforderlich, um dem fortschreitenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Im Weiteren verweisen wir auf unsere grundsätzliche Kritik an der Pauschalfinanzierung in unserem Eckpunktepapier (Anlage).

### 2) Randbetreuungszeiten und 24-Stunden-Kitas

Kindertageseinrichtungen sind die erste Stufe unseres Bildungssystems und nicht Kinderverwahranstalten. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, muss sich die Wirtschaft den Bedürfnissen der Familien anpassen und nicht umgekehrt. Von daher bleibt unsere Forderung, dass die tägliche Betreuungszeit für Kinder in einer Kita neun Stunden nicht übersteigen darf.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen  
Geschäftsstelle, Nünningstr. 11, 45141 Essen, Telefon 0201/2 94 03-01, Telefax 0201/2 94 03-51  
Internet: www.gew-nrw.de, E-Mail: info@gew-nrw.de



# Was Druck von unten bewirken kann ...

Neues zur Kampagne „JA 13!“ - diesmal aus dem Bundesland Berlin // **von Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

**M**eine Tochter, gerade vier Jahre alt geworden, ruft mir seit geraumer Zeit ins Gedächtnis, was in puncto Aufrichtigkeit für alle Teile der Gesellschaft gelten sollte und was sie gerade im Kindergarten lernt: „Versprochen ist versprochen und wird nicht gebrochen!“. Schade, dass gerade die Instanz, die für alle besagten Teile der Gesellschaft maßgebend sein sollte, allzu häufig die basalsten Grundsätze außer Kraft zu setzen versucht (die wir Pädagog\*innen unseren Kindern allerdings tagtäglich beizubringen bemüht sind).

In diesem Fall geht es um die aktuelle Forderung unserer GEW, die seit einiger Zeit mit viel Engagement der Mitgliedschaft die bundesweite Kampagne „JA 13!“ führt. Das Ziel lautet, die Besoldung der verbeamteten Lehrkräfte, die bisher nach A12 bezahlt werden, auf A13z anzuheben. Oder kurz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“.

## Angestellte Lehrkräfte mit im Visier

Es ist natürlich Kalkül, diese Forderung nach gleicher Bezahlung der Beamt\*innen auch im Sinne der Kolleg\*innen im Angestelltenverhältnis aufzustellen. Schließlich wäre es rechtlich sehr schwierig, eine Bezügeanhebung der nach A12 vergüteten verbeamteten Kolleg\*innen durchzuführen, ohne dabei auch die bislang nach EG11 bezahlten angestellten Lehrer\*innen auf EG13 zu setzen (was in den meisten Bundesländern ohnehin usus ist).

## Versuchte Hinhalte-Taktik des Berliner Senats

Dass in der Bundeshauptstadt des öfteren „unkonventionell“ vorgegangen wird, ist uns spätestens seit Wowereits „Berlin ist arm, aber sexy“-Äußerung sicherlich bekannt. Im September letzten Jahres hat die Berliner Landesregierung noch versucht, ein neues „Husarenstück“ durchzusetzen, das auf Kosten der nach A12 besoldeten Kolleg\*innen gegangen wäre.

In der entsprechenden Mitteilung des „Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Pankow“ vom 8. Oktober 2017 hieß es dazu noch: „Die Senatsbildungsverwaltung hat am 06.09.2017 einen »Brief an alle Lehrkräfte mit Ausbildung für die Grundschule« versandt. Darin erteilt sie Hoffnungen auf eine schnelle und unkomplizierte Höhergruppierung für Lehrkräfte, die noch nach älteren rechtlichen Regelungen ausgebildet wurden, eine Absage.“

## Berliner Kolleg\*innen zeigen, wie es gehen muss!

Dass die Kolleg\*innen sich damit nicht abgefunden haben, hat Früchte getragen. Denn weiter war in o.g. Mitteilung vom Oktober letzten Jahres noch zu lesen: „Die Lehrkräfte der Grundschule mit der Ausbildung als „Lehrer für untere Klassen“ haben dem Personalrat daraufhin einen Offenen Brief geschickt. Sie fragen zu Recht: Welchen Wert hat für den Senat der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«?“.

## Wer kämpft, kann verlieren ... - oder gewinnen!

Durch den Offenen Brief und den damit einhergehenden Schritt an die Öffentlichkeit wurde derartiger Druck erzeugt, dass der zuständige Personalrat schon zwei Monate später, am 14. Dezember 2017, Folgendes verkünden konnte:

## „Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser PR-Info sollte eigentlich dargestellt werden, was durch Kolleginnen und Kollegen des Bezirkes und den Personalrat unternommen worden ist, um die Senatsverwaltungen für Bildung und Finanzen zu bewegen, ihre Zusagen hinsichtlich der gerechten Bezahlung für Lehrkräfte aus dem Sommer 2016 einzuhalten. Der Druck, der durch die Beschäftigten und ihre Vertretungen auf die Senatsverwaltungen ausgeübt wurde sowie die aktuellen Entscheidungen, die im Land Brandenburg getroffen worden sind, haben nun erfreulicherweise dazu geführt, dass am 29.11.2017 aus dem Abgeordnetenhaus verlautete, dass die Mittel für die Bezahlung nach A13 / E13 für Lehrkräfte, die nach älteren rechtlichen Regelungen ausgebildet wurden, im Haushalt 2018/19 bereitgestellt werden.

Insbesondere die Tatsache, dass die in der ehemaligen DDR ausgebildeten Lehrkräfte für untere Klassen nun nicht mehr vollständig ausgeschlossen werden sollen, begrüßen wir ausdrücklich. Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass zeitnah und mit unkomplizierten Regelungen die höhere Bezahlung erfolgt.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen frohe Weihnachten, Zeit zum Abschalten und sich an Schönerem zu erfreuen sowie ein erfolgreiches neues Jahr 2018. [...]“

So muss ein Jahr zu Ende gehen – mit einem Bericht über erfolgreiches Intervenieren für gerechte Bezahlung! Wir gratulieren ... und nehmen es als Beispiel für etwaige Problemstellungen, die sich womöglich in NRW noch für uns ergeben können.



# Von Stufen und Gruppen

**B**islang wurde man in NRW bei Antritt einer unbefristeten Lehrerstelle i.d.R. ins Beamtenverhältnis übernommen. Nur wer die sogenannten „laufbahnrechtlichen Voraussetzungen“ nicht erfüllte, bekam den Angestellten-Status – und somit für dieselbe Arbeit wesentlich geringere Netto-Bezüge.

Für Lehrer\*innen, die verbeamtet wurden, gab es drei unterschiedliche „Eingangsamter“. Damit waren die Besoldungsgruppen gemeint, denen man am ersten Arbeitstag zugeordnet worden ist. Auf den Seiten des nordrhein-westfälischen Schul- und Bildungsministeriums heißt es dazu:

„Die Einstufung erfolgt im für das jeweilige Lehramt ausgewiesenen Eingangsamter:

Besoldungsgruppe	Bezeichnung
A 12	Lehrer oder Lehrerin mit der Befähigung für das Lehramt an <b>Grundschulen oder an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen</b>
A 13	Lehrer oder Lehrerin mit der Befähigung für das Lehramt für <b>sonderpädagogische Förderung</b>
A 13 + Zulage	Studienrat oder Studienrätin mit der Befähigung für das Lehramt an <b>Gymnasien und Gesamtschulen oder an Berufskollegs</b>

Die Besoldung setzt sich u. a. aus folgenden Dienstbezügen zusammen: Grundgehalt, Familienzuschlag, Zulagen und vermögenswirksame Leistungen.“

Weiter erklärt das MSB: „Kindergeld gehört nicht zur Besoldung, sondern stellt eine allgemeine familienpolitische Leistung dar, die nach den Bestimmungen des Bundeskindergeldgesetzes und des Einkommensteuergesetzes gewährt wird“. Und: „Der Anspruch auf Besoldung entsteht mit dem Tag des Wirksamwerdens einer Ernennung“, womit erklärt wird, dass bei einer Beförderung in der Probezeit noch die alten Bezüge überwiesen werden.

## Besoldungsstufen und Erfahrungsstufen

In der Vertikalen sind in der Besoldungstabelle die Besoldungsstufen A 12 bis A 16 abgebildet. In der Horizontalen finden sich hingegen die „Erfahrungsstufen“, denen man eine bestimmte Zeit lang angehört, dann eine Stufe höher „rutscht“ und höhere Bezüge erhält. Die Erläuterung des MSB dazu lautet: „Das Grundgehalt wird nach Erfahrungsstufen bemessen. Es steigt bis zur fünften

Stufe im Abstand von zwei Jahren, bis zur neunten Stufe im Abstand von drei Jahren und bis zur Endstufe 12 im Abstand von vier Jahren.

Immer wieder stellen sich Lehrkräfte die Frage, nach welchen Regeln sie eingruppiert und eingestuft werden. Vor allem bei Beförderungen sollte bekannt sein, welche Systematik greift. Schließlich geht es am Ende um bares Geld // **von Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Buchstabe c) in Höhe von derzeit 92,96 € erhalten Lehrkräfte, die zur Studienrätin oder zum Studienrat ernannt werden.“

## Bedeutung für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Angestellte Kolleg\*innen sind in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Sie stellen rund ein Fünftel der knapp 200.000 Lehrer\*innen in NRW, machen dieselbe Arbeit, gucken aber in die Röhre, wenn es um Freistellungen bei der Erkrankung des eigenen Kindes geht, verdienen bisweilen brutto mehr, erhalten aufgrund der noch abgezogenen Sozialversicherungsbeiträge aber deutlich weniger an Netto-Vergütung.

Wegen der Entgelttabelle, die seit 2006 keine Familien- und Ortszuschläge mehr für angestellte Lehrkräfte vorsieht und bei der Stufe 6 (vormals: 5) gedeckelt ist, bleibt aber auch brutto weit weniger als noch vor zehn Jahren, zu Zeiten des BAT. Abgesehen von der Ungerechtigkeit in puncto Bezahlung von Beamt\*innen und Angestellten, scheint den Arbeitgeber nur mäßig zu interessieren, dass sich die Preise für Lebenshaltung (und vor allem für Wohnraum!) seither immens erhöht haben.

Zu hoffen bleibt, dass die GEW-Kampagne „JA 13!“ Erfolg haben wird. Damit würden nicht nur alle Kolleg\*innen um eine Besoldungsstufe besser bezahlt, die im Beamtenstatus bislang nach A12 vergütet werden. Schließlich wäre schwer zu vermitteln, dass man den Angestellten dann nicht auch die EG13 zuteil werden und sie stattdessen weiter auf der EG11 schmoren lässt.

Wie dem Artikel „Was Druck von unten bewirken kann ...“ zu entnehmen scheint der Phantasie auf Arbeitgeberseite keine Grenze gesetzt zu sein. Und auch aus Düsseldorf mussten wir schon vernehmen, dass Verbesserungen bei den Beamt\*innen (Verweis auf's Dienstrecht) nicht automatisch mit Verbesserungen bei den Angestellten (Verweis auf's Tarifrecht) einhergehen. Wir sollten also auf alle Eventualitäten vorbereitet sein.

## Quellen:

<https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Dienstrecht/BesoldungEntgelt/Seiteneinstieg.pdf>

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/nordrhein-westfalen-passt-bezahlung-der-lehrkraefte-an/>

<http://www.tresselt.de/besoldung.htm>

hegehaltfähige Zulage (§ 47 LBesG NRW

# Honorarlehrkräfte setzen politische Signale



– Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte wird stärker und schlagkräftiger  
 //Angelika Böhler, Pressesprecherin Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte und GEW-Mitglied//

Das Rad dreht sich weiter. Gerade haben die Honorarkräfte der Rheinischen Musikschule Köln mit ihrer Online-Petition ein nachdrückliches politisches Zeichen gesetzt, und auch die Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache organisieren sich weiter, um Öffentlichkeit und Politik auf ihre prekäre Beschäftigungssituation aufmerksam zu machen. So traf sich am Samstag, dem 3. Februar 2018, das deutschlandweite Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte zu einer Arbeitssitzung im DGB-Haus als Gast der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Köln. Angereist waren Bündnismitglieder aus NRW sowie Vertreter\*innen aus Berlin, Frankfurt, Stuttgart, Mannheim und Saarbrücken.

Das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte hat sich im Mai 2016 gegründet, um eine politisch wirksame Interessenvertretung zu etablieren. Dabei arbeiten die Kolleg\*innen sowohl in den Fachgruppen von GEW und ver.di als auch außerhalb der Gewerkschaften, da viele Honorarlehrkräfte in der Weiterbildung bislang nicht über Gewerkschaften erreicht werden konnten.

Ziel ist es, den Fokus der anhaltenden öffentlichen Debatte zum Thema Integration über fachkompetente Beiträge hinaus endlich auch auf die Arbeitsbedingungen der

Sprach- und Integrationslehrkräfte zu lenken. Trotz der Bedeutung ihrer Arbeit unterrichten die Honorarlehrkräfte an Weiterbildungseinrichtungen zu geringen, mitunter skandalös niedrigen Honoraren. Und auch dort, wo sie an privaten Sprachschulen festangestellt werden, arbeiten sie häufig zu Konditionen, bei denen tarifvertraglich erungene Standards für Angestellte mit vergleichbarem Berufsprofil unterlaufen werden. Das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte sollte und konnte 2017 als Ansprechpartner in fachlichen Fragen für Politik und Medien in Erscheinung treten und vielfältig informieren und aufklären. Durch zahlreiche Gespräche mit politischen Vertreter\*innen, offiziellen Stellen und Medienvertreter\*innen fordert es den politisch Verantwortlichen konkrete Stellungnahmen ab und drängt darauf, zeitnah wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Mit nicht unerheblicher Wirkung: Auf politischer Ebene und in der Berichterstattung der Medien ist viel passiert. Das Bündnis setzt mittlerweile bei zahlreichen Diskursen in der öffentlichen und gewerkschaftlichen Debatte wichtige Impulse – und dient gleichzeitig immer mehr Kolleg\*innen als Anlaufstelle und Vernetzungsplattform.

Im Rahmen des Arbeitstreffens im Kölner DGB-Haus beschäftigte sich das Team mit aktuellen Fragestellungen zum Thema

Deutsch als Fremd- und Zweitsprache und legte seine Ziele und Themenschwerpunkte für das Jahr 2018 fest. Neben der Forderung, ihre Bezahlung derjenigen angestellter Lehrer\*innen anzupassen, setzten sich die Kolleg\*innen u. a. mit den Krankenkassenbeiträgen für Solo-Selbstständige auseinander. Eine besonders spannende Idee: Auch in diesem Jahr sollen am 5. Oktober 2018, dem UNESCO-Weltlehrertag, wieder Protestaktionen stattfinden, um auf prekäre Arbeitsbedingungen von Honorarlehrkräften aufmerksam zu machen. Waren 2017 vor allem Berlin und Köln Zentren der Aktionen, rechnen Honorarlehrkräfte und das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte 2018 mit mindestens fünf Standorten, sodass erstmals eine bundesweit koordinierte Aktion in Aussicht steht. Zur Teilnahme sind alle Lehrkräfte aufgerufen, diejenigen, die selbst in prekär bezahlten Arbeitssituationen unterrichten, und diejenigen, die sich mit den Forderungen ihrer Kolleg\*innen solidarisch zeigen wollen.

Wer sich in Köln dem Protest der Honorarlehrkräfte zum Weltlehrertag 2018 am 5. Oktober anschließen möchte, melde sich bei: [honorarlehkraefte-koeln@gmx.de](mailto:honorarlehkraefte-koeln@gmx.de) oder in der Geschäftsstelle des Stadtverbands Köln der GEW.

# TVöD Tarifrunde 2018

- Jetzt geht es erst einmal ums Geld ...

// Nina Goerges, Rechtsberaterin der GEW StV Köln //



2018 steht einmal wieder eine Tarifrunde im öffentlichen Dienst für Beschäftigte bei Bund und Kommunen an. Die Entgelttabellen des TVöD werden zum 28. Februar 2018 gekündigt. Am 26. Februar wird mit den Arbeitgebern das erste Mal über höhere Löhne verhandelt. Sollte es hier zu keiner Einigung kommen, stehen Mitte März und Mitte April die nächsten Verhandlungsrunden an.

Für diese Verhandlungen haben die Gewerkschaften einen gemeinsamen Forderungsbeschluss veröffentlicht ([www.gew.de/troed2018/forderungen](http://www.gew.de/troed2018/forderungen)). Sie fordern eine Lohnsteigerung um sechs Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Kleinere Einkommen sollten durch einen Mindestbetrag von 200 Euro stärker angehoben werden.

Wir dürfen gespannt sein, was bei den Verhandlungen erreicht wird. Eine Einigung sofort am ersten Verhandlungstag ist aber unwahrscheinlich. Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst können sich schon einmal auf mögliche Warnstreiks vorbereiten, um den Forderungen der Gewerkschaften Nachdruck zu verleihen. Wir erinnern uns hier an die letzten Streiks und freuen uns schon auf Kaffee und Brötchen im Kölner Streikbüro!

Der Stadtverband Köln der GEW hatte im Vorfeld der Tarifverhandlungen schon im Januar zu einer Forderungsdiskussion eingeladen. Die Landesvorsitzende der GEW NRW, Dorothea Schäfer, informierte die Beschäftigten ausführlich über die kommende Tarifrunde und diskutierte mit den Beschäftigten über die Situation in den Kitas und wie diese durch einen guten Tarifabschluss verbessert werden kann.

Alle Teilnehmer der Veranstaltung waren sich in einem Punkt schnell einig: Mehr Geld ist wichtig, noch wichtiger ist aber, dass sich die Arbeitsbedingungen in den Kitas verbessern. Die Belastung ist für alle Kolleginnen und Kollegen zu hoch und kann nicht nur durch ein höheres Entgelt verbessert werden.

Die Vorsitzende der GEW klärte hier aber die Teilnehmer auf, dass über Arbeitsbedingungen und die grundsätzliche Eingruppierung der Beschäftigten in dieser Tarifrunde leider nicht verhandelt werden kann. In dieser Tarifrunde konnte nur die Entgelttabelle gekündigt, und damit neu verhandelt werden. Der Tarifabschluss zur Entgeltordnung SuE (also die Eingruppierung der Beschäftigten in eine Entgeltgruppe) aus dem Jahr 2015 hat eine Mindestlaufzeit von 5 Jahren, ist somit erst zum Sommer 2020 kündbar, und kann erst dann wieder Thema bei Tarifverhandlungen sein.

Auch die Arbeitsbedingungen sind nicht das Thema dieser Tarifverhandlungen. Hierbei ist jetzt zuerst einmal die Politik gefragt. Zur guten Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW fehlt es einfach an finanziellen Mitteln, um eine wirkliche Verbesserung der Beschäftigten zu erreichen. Notwendig ist deshalb, dass die Verantwortlichen sich dieser Aufgabe stellen und dass endlich ein neues verbessertes Gesetz auf den Weg gebracht wird. Die GEW als Bildungsgewerkschaft ist hier natürlich aktiv: Zusammen mit dem DGB und ver.di hat die GEW ein Eckpunktepapier erstellt, wie so ein neues Kitagesetz aussehen muss. Anreize müssen geschaffen werden, um die Berufsfelder aufzuwerten und attraktiv für neue Kolleg\*innen zu machen. Dies werden wir, neben der aktiven Teilnahme an der Tarifaufeinanderersetzung, natürlich weiterverfolgen.

Trotzdem spielt auch die kommende Tarifaufeinanderersetzung bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine Rolle: Ein gutes Kitagesetz mit einer verbindlichen Mindestpersonalbemessung ist nämlich nur dann wirklich arbeitsentlastend, wenn es auch genügend Erzieherinnen und Erzieher gibt, die die freien Stellen besetzen. Eine leistungsgerechte Bezahlung ist hierbei ein wesentlicher Punkt, um mehr Menschen für den Beruf in der Kita zu gewinnen.

Wie bei jeder Tarifaufeinanderersetzung gilt auch bei dieser Runde wieder: Die Möglichkeiten der Gewerkschaften, ein gutes oder sehr gutes Tarifergebnis zu erreichen, hängen immer von der Zahl ihrer Mitglieder ab. Je mehr Arbeitnehmer sich aktiv beteiligten, umso besser können die Gewerkschaften ihre Forderungen bei den Verhandlungen durchsetzen.

# Gelabelt fürs Leben

Buchbesprechung zu Mareice Kaisers „Alles inklusive – Aus dem Leben mit meiner behinderten Tochter“ // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

**G**egen Ende letzten Jahres erreichte mich eine Anfrage, ob ich bereit sei, an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Inklusion“ teilzunehmen. Diese solle „nicht nur aber auch auf den Bildungsbereich bezogen“ sein, und der Runde angehören würden die Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE sowie Mareice Kaiser, Bloggerin (kaiserinnenreich.de) und Autorin des Buchs „Alles inklusive“. Mein Part würde darin bestehen, so hieß es in der Mail weiter, „aus Lehrer-/GEW-Perspektive zur Debatte beizutragen“.

## Eine Mutter berichtet

In der Vorbereitung auf diese Veranstaltung las ich zunächst das im Dezember 2016 erschienene und 288 Seiten starke Buch von Mareice Kaiser, das sich aus insgesamt 44 Abschnitten zusammensetzt. Der Begriff „Kapitel“ wäre an dieser Stelle unpassend, da es sich um Aufzeichnungen beinahe in Form von Tagebucheinträgen handelt. Den Schluss bildet eine achtseitige detaillierte Beschreibung des Ablaufs eines fiktiven Tages im Jahre 2025. Was die Autorin am Ende als „meine Utopie“ bezeichnet, erscheint mir weniger als „unausführbare Zukunftsvision“, sondern vielmehr als dringend nötige sowie ökonomisch wie auch gesellschaftlich durchaus machbare Alternative zum gegenwärtigen Ist-Zustand. Insgesamt verstehe ich Kaisers Buch (gerade mit Blick auf den letzten Abschnitt!) als Motivations- und Aufruf an alle Mitglieder unserer Gesellschaft, sich für echte Inklusion einzusetzen.

Dabei hat sie mit „Alles inklusive“ sicher kein Pamphlet veröffentlicht. Ihr Buch beschreibt in eindringlichen Worten und dabei in äußerst kurzweiliger Sprache, welche Sorgen, Ängste, Befürchtungen und Hoffnungen Menschen haben können, die entweder selbst Eltern von behinderten Kindern sind oder anderweitig mit ihnen zu tun haben: von Freund\*innen und Verwandten über Ärzt\*innen und Pflegekräfte bis hin zu Kita-Beschäftigten.

## Markante Beschreibungen

Bereits im Klappentext des Buchs wird eine Gegebenheit aus dem 19. Abschnitt zitiert, in der eine „freundliche Dame um die 70“ vor dem behinderten Kind der Autorin steht und der dabei spontan die Frage entfährt: „So was gibt's noch?“. Eine Situation, die eineN schlucken lässt.



Es geht um Erlebnisse aus der Wirklichkeit, in die man sich (vor allem als Elternteil aber auch als Pädagog\*in) leicht hineinversetzen kann, die ans eigene Gewissen appellieren und auf Seiten der Leserin/des Lesers immer wieder die Frage aufkommen lassen: „Wie ste-

**Veranstaltung im Rahmen der „www.Sozialismustage.de“:**  
„Für eine inklusive Gesellschaft! – Was tun gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen?“

Menschen mit Behinderungen werden auf vielfältige Art und Weise vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. In dieser Veranstaltung wollen wir darüber aufklären und gleichzeitig Forderungen für Inklusion und deren Durchsetzbarkeit diskutieren.

**auf dem Podium:** Mareice Kaiser (Autorin, Bloggerin), Margit Glasow (Inklusionsbeauftragte Die Linke), Guido Schönian (Lehrer, Vorstandsmitglied der GEW-Köln)

Samstag, 31. März 2018, 10h-12h, ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (nahe Ostbahnhof oder U Weberwiese)

he ich eigentlich dazu?“, schließlich sind all diese Konstellationen „aus dem Leben“!

Kaiser schreibt von sich und ihrem Mann, denen während der Schwangerschaft die Prognose gegeben wurde, sie „dürfen sich auf ein gesundes Kind freuen“. Im Kreißaal und nach der PDA wird ihnen ihr eigenes Kind dann aber weggenommen. Vier Stunden lang bekommen sie es nicht zu Gesicht und haben das erste Mal dann in der Intensivstation Kontakt.

## Fehldiagnosen und motivierende Momente

Ein weiterer Tiefpunkt findet – immer noch im Krankenhaus – nach drei Wochen statt, als den Eltern klar wird, dass der behandelnde Arzt unter Zeitdruck offenbar die falsche Diagnose gestellt hat. Kaiser beschreibt ihre Situation als „Achterbahnfahrt“.

Aufwärts geht es immer dann, wenn andere Kinder ins Spiel kommen: „Bisher waren es immer gute Erfahrungen, die wir in Gruppen mit anderen Kindern gemacht haben“. Aber auch „die Expert\*innen“ sind in der Lage, zu positiven Gefühlslagen beizutragen: „Der neue Kinderarzt hat uns gezeigt, was unsere Tochter alles kann – nicht, was sie nicht kann“.

Aus pädagogischer Sicht mag die grundsätzliche Feststellung der Autorin vielsagend erscheinen, wenn sie ihr Gefühl beschreibt, ständigem „Optimierungszwang“ zu unterliegen: „Die Frage, die ich mir stelle: Was hat meine Tochter davon?“.

## Ab in die Kita – nur in welche?

Nachdem Kaiser das Berliner Kita-Gesetz zitiert („Keinem Kind darf aufgrund der Art und Schwere seiner Behinderung die Aufnahme in einer Tageseinrichtung verwehrt werden“), zeichnet sie ein beklemmendes Bild von der Zeit, in der sie einen Kita-Platz für ihre Tochter sucht. Die erste, vielversprechende Einrichtung sagt nach einem durchweg positiven Hospitationstag ab, weil „es [...] leider nicht passt“.

Erst beim Telefonat mit der sechszehnjährigen von 67 „integrativen Kitas“ in Berlin-Kreuzberg, kommt sie zu einem positiven Ergebnis und muss feststellen: „Im Laufe der langwierigen Suche nach einem Kita-Platz [...] sind wir selbst zu Bedenkenträger\_innen geworden“.

Beim Lesen dieser Zeilen entsteht bei mir unweigerlich der Gedanke, dass den Eltern behinderter Kinder durch die sogenannte Inklusion von offizieller Seite das Bild vermittelt wird, durch eben diese Art von Inklusion würden alle oder fast alle grundlegenden Probleme gelöst. Die Realität in den Einrichtungen sieht indes anders aus, weil es an allen Ecken und Enden fehlt. „Inklusion“ scheint eher einem Sparschwein zu gleichen, dem ein „edles Etikett“ verpasst und mit dem der Gesellschaft (in erster Linie betroffenen Eltern, ihren Kindern, aber auch den Beschäftigten in dieser Branche) Sand in die Augen gestreut wurde.

## „Leitspruch, Jahresprogramm, Panel-Thema“ – „Inklusion“ als gebeutelter Begriff

Wir sollten uns am freien Denken der Kinder messen. Sie gehen (noch) ohne Vorurteile an neue Situationen und somit auch an Menschen mit Behinderungen. Das belegen auch die zahlreichen Beispiele, die Kaiser zu Treffen mit Geschwistern- und anderen Kindern liefert. Genauso frei sind sie auch in der Lage, Fehler und Probleme zu benennen – und die gibt es bei der sogenannten Inklusion zu genüge! Oder – um es mit Kaisers Worten zu sagen: „Ich möchte hinterfragen, wie unsere Gesellschaft funktioniert. [...] Statt behinderte Kinder abzuschaffen, würde ich gern unsere behindertenfeindliche Gesellschaft abschaffen“.

Schade nur, dass Kaiser in „Alles inklusive“ nicht auch noch die „inklusive Schulrealität“ unter die Lupe nimmt. Aber dafür gibt es einen traurigen Grund, von dem sie in ihrem Buch ebenfalls sehr offen und eindrucksvoll nüchtern erzählt ...

# Eine K(l)asse für alle!

**Stefan Schüller, Mitglied der forum-Redaktion**

**A**ls „Kassensozialismus“ wird die „Bürgerversicherung“ gerne von ihren Gegnern geißelt. Wenn ein einheitliches Gesundheitssystem jedoch tatsächlich eine sozialistische Erfindung wäre, wäre Deutschland von sozialistischen Musterländern umgeben. Die Niederlande z. B. machen es vor: Alle zahlen ein, alle profitieren. In Deutschland dagegen leistet man sich ein Parallelsystem von privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen und diffamiert jeden Versuch, diese Ungerechtigkeit zu überwinden als sozialistisch. Das ist pathologisch kapitalistisch. Wenn man sich schon marxistischer Begriffe in Bezug auf unser Gesundheitssystem bedient, müsste man von einer Zwei-Klassen-Medizin sprechen. Und dieser Begriff ist keine Übertreibung. Dieses Gesundheitssystem ist krank.

Die Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wird immer größer, gleich wie gut es Deutschland gehen mag. Auch in Deutschland sterben ärmere Menschen viel früher als reichere. Und gleichzeitig werden Patientinnen und Patienten entlang ihres Versichertenstatus unterschiedlich behandelt. Es wurde in letzter Zeit so oft von den Abgehängten in der Gesellschaft gesprochen, von denjenigen, die sich von der Politik und den etablierten Parteien abgewendet haben. Und es wurde davon gesprochen, dass man diese Spaltung überwinden müsse. Dass sich gerade Besserverdienende und Beamt\*innen aus der gesetzlichen Krankenversicherung, die immer noch weitgehend nach dem Solidarprinzip funktioniert, „herausversichern“ können, ist ein Schlag ins Gesicht aller gesetzlich Versicherten. Für diese Spaltung gibt es keinen einzigen legitimen Grund.

Im Gegenteil: Durch die Einführung einer Bürgerversicherung würden die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen stark ansteigen. Die Bürgerversicherung wird allein deshalb nicht eingeführt, weil die PKV-Lobby mit viel Geld Ängste in der Bevölkerung schürt. So würden laut PKV-Lobby Innovationen im Gesundheitswesen ausbleiben, sich Wartezeiten verlängern und Arztpraxen schließen. Alles Unwahrheiten, wie ein Bericht der Sendung „Kontraste“ vom 18.1. zeigte. Es werden von der PKV-Lobby Geschichten erfunden, wie die vom Inselarzt, der seine Praxis schließen müsste, wenn die Bürgerversicherung käme. Ähnliche Horrormärchen wurden von der Arbeitgeberlobby verbreitet, um die Einführung des Mindestlohns zu verhindern bzw. weit-

reichende Ausnahmen vom Mindestlohn zuzulassen.

Durch die starke Gewerkschaftskampagne kam die SPD 2013 nach der vorletzten Bundestagswahl nicht daran vorbei, den Eintritt in die Große Koalition mit der Bedingung der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu verknüpfen. Nun scheint die SPD die Neuaufgabe der Großen Koalition einzugehen, konnte jedoch bei den Sondierungsverhandlungen die Einführung (selbst ihrer Schmalspurvariante) der Bürgerversicherung nicht durchsetzen. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass der Druck der Gewerkschaften in dieser gesundheitspolitischen Frage überhaupt nicht zu spüren war. Die jetzt im Sondierungspapier zwischen Union und SPD vereinbarte Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ist zwar richtig, aber nur ein Trippelschritt.

Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung ist längst überfällig. Mehr noch: Im Zuge einer Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung – wie in der DGB-Kampagne gefordert – wäre es vielmehr erforderlich, auch für diese Säule der Sozialversicherung eine Bürgerversicherung bzw. Erwerbstätigenversicherung lautstark einzufordern. Es wird oft damit argumentiert, dass die Rentenversicherung nach dem Äquivalenzprinzip funktioniert und der Einbezug von Beamt\*innen und Besserverdienenden nur kurzfristig zu höheren Einnahmen führe, da diese Gruppen später auch höhere Renten beziehen. Dieser Einwand mag finanziell gesehen stimmen, ist jedoch viel zu kurz gedacht. Wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung gar nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt, ist dieser Teil auch weniger gewillt, für ein höheres Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung zu kämpfen. Es muss vielmehr darum gehen, das Rentenniveau auf Pensionsniveau zu heben. Um diese Forderung durchzusetzen, braucht es alle.

Wir haben es als GEW im Bundestagswahlkampf versäumt mit den anderen Gewerkschaften des DGB vehementer für ein solidarisches Sozialversicherungssystem zu kämpfen, aber dieser Fehler muss uns nicht noch einmal passieren. Neben einer Schule für alle gilt es auch eine Kasse für alle so laut zu fordern, dass die Politik daran nicht vorbeikommt. Gesetzliche und Privatversicherte, Rentner\*innen und Pensionär\*innen vereinigt Euch!

# Schulstreik gegen Abschiebungen

Vor Beginn der landesweiten Ferien ist von Schüler\*innen in Schweden ein historischer Streik gegen die Abschiebung von Flüchtlingen organisiert worden // **Liv Shange, dreifache Mutter aus Luleå**

Von Boden im Norden bis Ystad im Süden des Landes haben sich am 12. Dezember ab 12 Uhr Schüler\*innen von mindestens 50 Schulen in 19 Städten am Ausstand beteiligt. Das Gefühl der Stärke und des Zusammenhalts war überwältigend. Am Globala-Gymnasium in Stockholm, wo die 16- bis 18-jährigen Oberstufenschüler\*innen die Initiative für den Streik am 12. Dezember ergriffen hatten, war praktisch keinE Schüler\*in mehr im Gebäude (nur die zentralen Matheprüfungen fanden statt). Zuerst sind die Schüler\*innen des Globala für eine Stunde auf dem Schulhof zusammengekommen, wo es einige Redebeiträge gab. Danach gingen sie zusammen mit Schüler\*innen von 20 weiteren Schulen auf den Medborgarplatsen. Insgesamt beteiligten sich dort 2.000 junge Menschen trotz Schneeregens, Sturm und bei Eiseskälte an einer anderthalbstündigen Kundgebung.

## Die Vorlaufphase

Neben dem Globala in Stockholm hat auch das Gymnasiebyn in Luleå bei der Organisation des Streiks eine zentrale Rolle gespielt. Die Schüler\*innen der Initiative „Lasst uns leben – jung in Schweden“ aus Luleå hatten sich bereits im September für einen „echten“ Schulstreik eingesetzt und im Oktober mit ernsthaften Diskussionen darüber begonnen. Die Tatsache, dass Schüler\*innen aus zwei Städten zusammengearbeitet haben, hat einen landesweiten Streik erst möglich gemacht. Die treibenden Kräfte in den beiden Städten haben sich ständig gegenseitig angespornt.

Im Zuge der langen Wochen, in denen sie die Vorbereitungen für den Streik getroffen hatten, wurde das Engagement der jungen Aktivist\*innen immer stärker. Aus diesem Grund entwickelte die Initiative eine Eigendynamik und konnte sich schnell ausbreiten. Das gilt vor allem für die Tage kurz vor dem 12. Dezember, als noch eine Reihe weiterer Schulen und Orte dazu kam. Dabei war es eine große Hilfe, auf einen ausgearbeiteten „Instrumentenkoffer“ für die Streikorganisation zurückgreifen zu können. Darin enthalten waren beispielsweise Flugblätter, Mobilisierungslisten, To-do-Listen usw.

## Starke Beteiligung

Am Ende haben sich 4.000 Jugendliche am Streik beteiligt: 2.000 in Stockholm, 500 in Göteborg, 300 in Borås, 200 in Uppsala und 150 sowohl in Lund, Luleå, Boden als auch in Piteå. Das sind beeindruckende Zahlen, die für immer stärkeren Widerstand gegen die inhumane Migrationspolitik der Koalitionsregierung aus Sozialdemokrat\*innen und Grünen stehen.

Wichtiger als die Zahl der Beteiligten ist jedoch die Bedeutung des Streiks an sich. Der Umstand, dass Schüler\*innen aus Protest



„ihre Arbeit niedergelegt“ haben, ist eine Richtschnur für die Art von Methoden, die gerade in Schweden aufkeimen..

## Geflüchtete und Schüler\*innen beginnen sich zu organisieren

2015 sind mehr als 35.000 Kinder alleine als Flüchtlinge nach Schweden gekommen. Erst in diesem Jahr haben die ersten von ihnen Bescheide erhalten, dass sie bleiben dürfen oder (in den meisten Fällen) abgeschoben werden. Anfang August haben junge Geflüchtete aus Afghanistan mit einer Mahnwache in Stockholm begonnen, die 58 Tage andauern sollte und Tag und Nacht aufrecht erhalten wurde. Diese Mahnwache dehnte sich auch auf andere Orte aus. Die Mahnwache, die unter dem Motto „Ung i Sverige“ (dt.: „Jung in Schweden“) stattfand, begann mit einer Handvoll von Leuten. Zum Höhepunkt der Aktion hatten sich rund 1.000 Personen angeschlossen, die immer mehr Unterstützung bekamen und somit Druck auf die Politik ausübten.

Die gegen Abschiebungen gerichtete Stimmung ist auch aufgrund zweier weiterer Faktoren verstärkt worden: durch Provokationen von Nazis und von Seiten des Staates. Eine ganz wesentliche Rolle spielte dabei die unglaublich erfolgreiche Antifa-Mobilisierung am 30. September in Göteborg. Diese Massen-Kundgebung diente sowohl als Motivation wie auch als Warnung vor den destruktiven Kräften, die durch den staatlichen Rassismus angespornt werden.

## Willkürliche Methoden der Behörden

Im Rahmen von Enthüllungen über willkürliche Altersfestlegungen und eine zunehmende Zahl an Ablehnungen von Asylanträgen ist das Ansehen der Einwanderungsbehörde mehr und mehr in Verruf geraten. Was die Vorbereitungen für den Streik angeht, führte dies zu noch größerer Entschlossenheit. Gleich zu Beginn der landesweiten Mobilisierung zeigte sich die Stärke der Initiative: Wenn viele an einem Strang ziehen, dann können sie die Situation verändern und Berge versetzen.

Bei der Demonstration in Stockholm traten dann Geflüchtete, Vertreter\*innen verschiedener Organisationen und Einzelpersonen als Redner\*innen auf. Eine Rednerin sagte unter tosendem Beifall: „Wir haben noch nie etwas umsonst bekommen. Nicht ein einziges Recht wurde uns zugestanden, weil die Herrschenden plötzlich erkannt hätten, dass das eine gute Idee sei. Argumente und Aufrufe in Richtung der Politiker\*innen und Herrschenden bringen nichts. Veränderung bringen nur Massenbewegungen, Streiks und Proteste!“.

Foto: Christian von Polentz/transitfoto.de

# WARN STREIK!

## der studentischen Beschäftigten

Mittwoch - Freitag

# 14.02. - 16.02.

informiere Dich:

[tvstud.berlin](https://tvstud.berlin)

[@TVStud\\_Berlin](https://twitter.com/TVStud_Berlin)

[www.tvstud.berlin](https://www.tvstud.berlin)

**TV STUD**

TV Stud:  
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) BERLIN, Altonastraße 5, 10783 Berlin, Tom Erdmann, Vorsitzender GEW BERLIN, kontakt@erziehung.gew-berlin.de  
 Ver.di (Gewerkschaftsdienstleistungen) e.V., Köpenicker Str. 30, 10779 Berlin, Matthias Beck, matthias.beck@verdi.de

## Studentische Hilfskräfte bestreiken die Klausurenphase

In der letzten Woche der Vorlesungszeit haben die Gewerkschaften GEW BERLIN und ver.di erneut die studentischen Beschäftigten an den Berliner Hochschulen zu ganztägigen Warnstreiks vom 14. bis 16. Februar aufgerufen // GEW Berlin

„Die Arbeitgeber nehmen die Forderungen der studentischen Beschäftigten immer noch nicht ernst, denn auch nach fünf Streiktagen in diesem Jahr haben sie noch kein verbessertes Angebot vorgelegt“, erklärte Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN. „Wenn jetzt in der letzten Vorlesungswoche auch Prüfungen von den Streiks betroffen sind, liegt das einzig und allein an der Blockadehaltung der Hochschulen.“

Die Streikphase in der kommenden Woche wird als „TV Stud-Streik-Tour“ gestaltet werden. Die Streikenden werden jeden Tag an einem anderen Hochschulstandort zu Aktionen und Kundgebungen zusammenkommen.

**Genauere Informationen auf der Homepage von TV Stud: <https://tvstud.berlin/>**

## EINLADUNG Workshop: Stimme und Präsenz

Sprechen, um gehört zu werden!\_

Wir sprechen, um gehört zu werden! Stimme und Präsenz bewusst einsetzen, durch Stimmvielfalt überzeugen, klar und eindeutig sprechen und lebendig erzählen, dies sind die Themen des Workshops von Claudia Timpner. Im Lehreralltag hat unsere Stimme viele Aufgaben, doch meist verfolgen wir ein wesentliches Ziel: Wir sprechen, um gehört zu werden. Aber eine Botschaft braucht mehr als nur Worte. Sie braucht Resonanz im Körper, Lebendigkeit und Präsenz. Der Workshop vermittelt gut umsetzbare Stimm- und Präsenzübungen und gibt Impulse für eine lebendige und überzeugende Stimmqualität.

Den Workshop führt die Trainerin und Schauspielerin Claudia Timpner durch. Sie leitet das Institut [www.kreativ-impulse.de](http://www.kreativ-impulse.de)

**Termin:**  
**Donnerstag, 17.5.2018 von 17 Uhr bis 20 Uhr im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)**

Der Workshop findet statt auf Initiative der Fachgruppe Gymnasium und ist für alle Interessierten offen.

Eine Anmeldung (unter: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)) ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich. Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 Euro, für GEW-Mitglieder und Studierende ist die Teilnahme kostenlos.



# Licht am Ende des Tunnels?

Schulministerin Gebauer zum Thema „Leitentscheidung G9“ zu Gast bei der Kölner GEW-Bezirksfachgruppe Gymnasium // **Dr. Alexander Fladerer, Vorsitzender der GEW-Bezirksfachgruppe Gymnasium im Regierungsbezirk Köln und Mitglied des Kölner GfV**

Ihre Pläne zur Rückkehr zu neun Jahren Schulzeit am Gymnasium („Leitentscheidung G9“) sollte die Ministerin für Schule und Bildung, Yvonne Gebauer, am 26. Februar 2018, erläutern und mit Gymnasiallehrer\*innen diskutieren. Die Ideen der GEW zur Reform des Gymnasiums stellt die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer in einer Replik dar.

Der Einladung der Kölner GEW-Bezirksfachgruppe Gymnasium folgte krankheitsbedingt statt der Ministerin Mathias Richter, der Staatssekretär des Ministeriums für Schule und Bildung, und stellte sich den Fragen der gewerkschaftlich organisierten Gymnasiallehrkräfte. Diese betrachten den Gesetzentwurf der Landesregierung zur „Leitentscheidung G9“ mit gemischten Gefühlen.

„Wir freuen uns, dass die Politik endlich verstanden hat, dass G8 gescheitert ist. Aber wir bevorzugen statt einer »Leitentscheidung G9« mit der Option bei G8 zu bleiben, eine einheitliche Regelung für alle Gymnasien“, sagt Dr. Alexander Fladerer, Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasium der GEW im Regierungsbezirk Köln. „Wenn ein Hintertürchen zu G8 offen bleibt, wird der Konflikt nur in die Schulen verlagert. Das muss vermieden werden.“

Die GEW begrüßt die Absicht der Ministerin, die Einführung der zweiten Fremdsprache bei einem Wechsel zu G9 wieder in der Jahrgangsstufe 7 stattfinden zu lassen. Dazu Dorothea Schäfer: „Die zweite Fremdsprache in der Jahrgangsstufe 6 beginnen zu lassen, war nicht nur eine Überforderung

der zunehmend heterogenen Schülerschaft des Gymnasiums, sondern noch viel problematischer in den Schulformen der Sekundarstufe I und den Gesamtschulen. Es wird höchste Zeit, diesen Fehler für alle Schulformen zu korrigieren. Wir hoffen auf einen entsprechenden Beschluss des Gesetzgebers.“

Besonders wachsam und kritisch ist die GEW bezüglich der notwendigen Überarbeitung der Lehrpläne beim Wechsel zu G9. „Bei der Einführung von G8 ist kaum Inhalt in den Lehrplänen gestrichen worden. Vielmehr ist in den meisten Fächern der Lernstoff der Sek. I von sechs auf fünf Jahre komprimiert worden. Um die Lehrplanüberarbeitungen bei der Einführung von G9 zu begrenzen und Raum für Übung und Vertiefung des Stoffes sowie für mehr soziales Lernen und pädagogische Arbeit zu eröffnen, darf nicht quantitativ mehr Stoff in die neuen G9-Lehrpläne gepresst werden. Und qualitative Änderungen sollten auf ein Mindestmaß begrenzt bleiben“, so Fladerer.

Damit leistungsstärkere Schüler\*innen das Abitur auch weiterhin nach acht Jahren machen können, hat die GEW auf ihrem letzten Bundesgewerkschaftstag (2017 in Freiburg) ein Modell mit einer flexibilisierten und modularisierten gymnasialen Oberstufe vorgeschlagen ([https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschlusse/Beschlusse\\_GT\\_2017/3\\_Bildungspolitik/3.31\\_Forderungen\\_zur\\_Gymnasialen\\_Oberstufe\\_FV.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschlusse/Beschlusse_GT_2017/3_Bildungspolitik/3.31_Forderungen_zur_Gymnasialen_Oberstufe_FV.pdf)). Je nach der persönlichen Situation der Schüler\*innen kann der Besuch zwei, drei oder vier Jahre dauern. Aber der Besuch der 6-jährigen Sekundarstufe I muss auf jeden Fall für alle Schüler\*innen gewährleistet sein, damit sie nur mit der Mittleren Reife in die Oberstufe wechseln.

„Die Kürzung des Schuljahrs in der Sekundarstufe I und damit die stoffliche Verdichtung und die fehlende Zeit für soziales Lernen war der fatale Fehler von G8“, so Heribert Schmitt (Rösrath), Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gymnasium der GEW. „Ein »6 plus 2 bis 4-Modell« wäre in der Schulpraxis gut umsetzbar und würde ein Abitur im eigenen Takt ermöglichen. Wir fordern von der Kultusministerkonferenz als

ersten Schritt dahin die Genehmigung eines entsprechenden Schulversuches, der wissenschaftlich evaluiert werden soll.“

### **Mitgliederversammlung der Bezirksfachgruppe Gymnasium zur inhaltlichen Vorbereitung**

Zur inhaltlichen Vorbereitung der Veranstaltung mit der Ministerin hat sich die Mitgliederversammlung der Bezirksfachgruppe Gymnasium genau eine Woche vorher im Bonner DGB-Haus am 19.02. getroffen. Mit einem Streitgespräch zwischen dem Leitungsteam-Mitglied der Landesfachgruppe Gymnasium, Uwe Lämmel, und dem Vorsitzenden der Bezirksfachgruppe Gymnasium, Alexander Fladerer, sowie der anschließenden Diskussion im Plenum sollte die Position der GEW zur „Leitentscheidung G9“ (siehe <https://www.gew-nrw.de/g8-g9.html> und S. 15 in „forum“ 3/2017) geschärft werden.

### **Ergebnis dieser Beratungen ist der nachfolgende Beschluss der Bezirksfachgruppe Gymnasium.**

Die Mitgliederversammlung der GEW-Bezirksfachgruppe Gymnasium Köln begrüßt grundsätzlich die Rückkehr zu G9, wie Sie das Landeskabinett am 14.11.2017 auf den Weg gebracht hat. Viele pädagogische Probleme in unserer Schulform (z.B. zunehmende Heterogenität der Lerngruppen, Verschlechterung der Eingangsvoraussetzungen beim Übertritt von der Grundschule, wenig Zeit zur Vertiefung und Übung etc.) können mit der Ausweitung von 163 auf 180 + 8 Wochenstunden angegangen werden. Auch dass ein Jahr mehr für die persönliche Reifung der SuS vor Eintritt in die gymnasiale Oberstufe zur Verfügung steht, wird für den Bildungserfolg der SuS in der Oberstufe positive Auswirkungen haben.

Darüber hinaus möge sich die Leitung der Bezirksfachgruppe Gymnasium Köln über den Fachgruppenausschuss Gymnasium beim GEW-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen für folgende Punkte einsetzen:

1. Alle Gymnasien sollen wieder eine sechsjährige SI bekommen.
2. Die Einführung der 2. Fremdsprache erst in der der Jahrgangsstufe 7 für alle Schulformen.
3. Den Verzicht auf eine Ausweitung der Stofffülle in den notwendigen neuen G9-Lehrplänen des Gymnasiums.
4. Die Einführung einer modularen und flexiblen Oberstufe, die ein individuelles G8 (zweijährige Oberstufe) bis hin zu einer vierjährigen Oberstufe ermöglicht. Dies aber nur nach ausführlicher Erprobung in einem Schulversuch, der von der Kultusministerkonferenz schnellstmöglich genehmigt werden soll.

#### **Begründung:**

Zu 1.: Die Politik hat viel zu lange unbequeme Entscheidungen auf die unterste Ebene delegiert. Die Leitentscheidung G9 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Grundsatzentscheidung ohne Option, bei G8 bleiben zu können, wäre aber besser. Es würden nicht Schulgemeinden durch quälende

# Beschluss der Mitgliederversammlung der GEW-Bezirksfachgruppe Gymnasium Köln am 19.02.2018 in Bonn

Debatten über G8 und G9 auseinander dividiert, es würden keine Schulen (insbesondere auch mit Schulen freien Trägern) in Konkurrenzsituationen mit ungewissem Ausgang getrieben und die öffentlichen Schulträger hätten Planungssicherheit für den Umstellungsprozess. Auch deshalb hat sich der Städte- und Gemeindebund für eine landeseinheitliche Regelung ausgesprochen (<https://www.kommunen-in-nrw.de/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/keine-vorschnelle-rueckkehr-von-g8-zu-g9.html?cHash=276a2452d3d85e6a084a2227d0c4aab9>). Auch alle anderen Akteure im Bildungsbereich (Gewerkschaften, Verbände, Elternvertretungen, Direktorenvereinigungen etc.) bis auf den Philologenverband unterstützen diese Forderung ([https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Contentseiten\\_temporaer/Schulzeitverkuerzung/GEW-NRW-Gemeinsame\\_Stellungnahme\\_G8-Option.pdf](https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user_upload/Contentseiten_temporaer/Schulzeitverkuerzung/GEW-NRW-Gemeinsame_Stellungnahme_G8-Option.pdf)).

Zu 2.: Die zweite Fremdsprache soll in allen Schulformen in der 7. Klasse beginnen. Die SuS können ohne die zusätzliche Belastung einer zweiten Fremdsprache in der Erprobungsphase ankommen. Die Englischkenntnisse können in den zwei Jahren, neben dem Angleichen und Vertiefen der Kenntnisse in Deutsch und den anderen Fächern, vertieft und gefestigt werden. Es ist auch ein Beitrag, um der zunehmenden Heterogenität unserer SuS Rechnung zu tragen und Bildungserfolge für Kinder mit Begabungen in den nicht-sprachlichen Bereichen zu erleichtern. Diese Forderung wird auch von der GEW, vom VBE und der Landeselternkonferenz NRW erhoben ([https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Mein\\_Bildungsbereich\\_PDFs/Gymnasium\\_PDFs/GEW-NRW-Elternkonferenz-VBE-Stellungnahme-Positionierung-G9.pdf](https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user_upload/Mein_Bildungsbereich_PDFs/Gymnasium_PDFs/GEW-NRW-Elternkonferenz-VBE-Stellungnahme-Positionierung-G9.pdf))

Zu 3.: Bei der Einführung von G8 ist kaum Inhalt in den Lehrplänen gestrichen worden. Vielmehr ist in den meisten Fächern

der Lernstoff von 6 Jahren Sek. I auf 5 Jahre komprimiert worden. Um die notwendigen (Lehrplan-)Arbeiten bei der Einführung von G9 in den Schulen zu begrenzen und Raum für Übung und Vertiefung des Stoffes zu eröffnen, darf nicht quantitativ mehr Stoff in die neuen G9-Lehrpläne gepresst werden und qualitative Änderungen sollten auf ein Mindestmaß begrenzt bleiben. Zudem möge es als Arbeitserleichterung für die Kollegien wieder Mustercurricula und den Lehrplannavigator wie bei der Einführung der Sek. II-Kernlehrpläne geben.

Zu 4.: Die Erprobung der flexiblen und modularisierten Oberstufe wurde schon vom Bundesgewerkschaftstag der GEW in Freiburg 2017 beschlossen. Bis heute gibt es aber keinen von der KMK genehmigten Schulversuch. Die flexible und modularisierte Oberstufe soll nach den Plänen der GEW ([https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschlusse/Beschlusse\\_GT\\_2017/3\\_Bildungspolitik/3.31\\_Forderungen\\_zur\\_Gymnasialen\\_Oberstufe\\_FV.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschlusse/Beschlusse_GT_2017/3_Bildungspolitik/3.31_Forderungen_zur_Gymnasialen_Oberstufe_FV.pdf)) erprobt und bei Erfolg flächendeckend eingeführt werden.

# Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Mitgliedern der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe // **Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion**

**forum: Wieso seid Ihr in die GEW eingetreten?**

**HEINER:** Ich bin in die GEW eingetreten, nachdem ich eine Festanstellung bekommen habe. Ich fand es immer wichtig auf der einen Seite vertreten zu werden und auf der anderen Seite selbst engagiert zu sein. Wir können über die gewerkschaftliche Organisation Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und die Bildungspolitik ausüben. Bei uns in der Familie hat das gewerkschaftliche Engagement auch Tradition – mein Vater war lange aktiv in unterschiedlichen Funktionen und ist noch immer Gewerkschaftsmitglied.

**ESTHER:** Auch ich komme aus einer gewerkschaftlich engagierten Familie. Ich kann mich erinnern, dass ich als Kind auf Demonstrationen von meiner Mutter mitgenommen wurde. Ich bin während des Studiums in die GEW eingetreten, weil ich es wichtig fand, für unsere bildungspolitischen Anliegen zu kämpfen. Damals war ich noch in keiner Fachgruppe, das kam erst später, als ich aufgrund von Schwierigkeiten an meiner Schule den Personalrat aufsuchte und merkte, wie stark die GEW dort vertreten ist und wie engagiert sie für unsere Belange als Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen eintritt.

**forum: Was sind zur Zeit die Schwerpunkte Eurer Fachgruppenarbeit?**

**HEINER:** Im Moment sehe ich drei Schwerpunkte. Zum einen die Inklusion. Dabei gilt es die Arbeitsbedingungen der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen im Gemeinsamen Lernen zu verbessern und die Qualität der sonderpädagogischen Förderung im Gemeinsamen Lernen zu gewährleisten. Zweitens ist es nach dem Regierungswechsel für uns ein Anliegen, kritisch zu beobachten, wie sich die Förderschullandschaft und die Bedingungen für die schulische Inklusion verändern. Das dritte Thema, zu dem wir auch eine Veranstaltung machen wollen, ist der Umgang mit depressiven Kindern bzw. mit Kindern von depressiven Eltern.

**ESTHER:** Wir haben vor der Landtagswahl eine Podiumsdiskussion mit Politikerinnen und Politikern zum Thema Inklusion gemacht. Die war sehr gut besucht und dabei kamen viele Probleme von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in ihrem Alltag – sei es an der Förderschule oder im Gemeinsamen Lernen – zur Sprache. Um unsere Anliegen noch stärker in öffentliche Debatten einzubringen, wäre es auch wünschenswert, wenn unsere Fachgruppe größer wird. Je mehr sich aktiv einbringen, umso stärker sind wir. Ich möchte daher an dieser Stelle für die Mitarbeit in unserer Fachgruppe werben. Wir freuen uns über Unterstützung!

**forum: Es gibt viele Negativbeispiele im Zusammenhang mit Inklusion. Wie sieht eine Schule aus, an der die Arbeitsbedingungen für das Gemeinsame Lernen stimmig sind?**

**HEINER:** Inklusion kann dann funktionieren, wenn teamorientiert gearbeitet wird. Sonderpädagoginnen und -pädagogen sowie Allgemeinpädagoginnen und -pädagogen müssen gemeinsam in einem Team arbeiten, in dem beide Seiten voneinander profitieren können. Die einen von der Fachlichkeit und Fachdidaktik und die anderen von den sonderpädagogischen Ansätzen und den Umsetzungsmöglichkeiten in der Klasse. Mein Wunsch wäre, dass es egal ist, wer vor der Klasse steht. Jede Profession in der Inklusion sollte gewisse Standards gewährleisten.

**ESTHER:** Ich glaube, davon sind wir noch weit entfernt. Die Bestrebungen, die in diese Richtung deuteten, sind mit der letzten Schulrechtsänderung ad acta gelegt worden. Die sächliche und personelle Ausstattung der inklusiv arbeitenden Schulen gewährleistet das nicht. Es gibt zu wenig Zeit für wirkliche Zusammenarbeit als Team. Das, was uns als Fachgruppe vor allem umtreibt, sind tatsächlich leider die Negativbeispiele der Kolleginnen und Kollegen. Viele fühlen sich nicht eingebunden, nicht wertgeschätzt. Aufgrund ausstehender Arbeitsplatzbe-

schreibungen wissen die wenigsten, welchen Arbeitsplatz sie überhaupt besetzen. Man muss allerdings auch sehen, dass es einige Kolleginnen und Kollegen gibt, die – oft bereits einige Jahre – sehr gerne im Gemeinsamen Lernen arbeiten.

**HEINER:** Ich finde es ganz wichtig, dass eine hohe Akzeptanz für die Inklusion an den Schulen ist. Wenn Förderschülerinnen und -schüler an einer Schule nicht mit auf Klassenfahrt fahren dürfen, werden sie ausgegrenzt, das ist das Gegenteil von Inklusion. Wenn Sonderpädagoginnen und -pädagogen hauptsächlich eingesetzt werden, um Lücken im Vertretungsplan zu stopfen, hat dies weder mit Gleichberechtigung noch mit Inklusion zu tun.

**ESTHER:** Das passiert vor allem dann, wenn Absprachen fehlen, wenn kein Konzept vorhanden ist.

**forum: Sollten Sonderpädagoginnen und -pädagogen auch Klassenleitungen übernehmen?**

**HEINER:** Unbedingt. Das gehört für mich zu einem gleichberechtigten Team dazu. Eine Kommunikation auf Augenhöhe würde so erleichtert werden.

**ESTHER:** Auch hier gibt es einige Schulen, die dies bereits vorbildlich umgesetzt haben. Es setzt aber immer voraus, dass ich als Sonderpädagogin eine gewisse Stundenanzahl in der Klasse bin und mir auch zutraue, die jeweiligen Fächer zu unterrichten.

**forum: Wie ist die Situation der Kolleginnen und Kollegen an den Förderschulen?**

**HEINER:** Ich sehe eine in den letzten Jahren sich verstärkende Arbeitsbelastung, die z.B. an unserer Schule zu höheren Krankenständen geführt hat. Und dies ist kein Einzelfall. Zusätzliche Belastungen entstanden durch die Verschlechterung der Schüler-Lehrer-Relation an den LES-Förderschulen. Wir haben teilweise 13 bis 16 Schülerinnen und



Schüler mit großem Förderbedarf in einer Klasse. Dies lässt sich kaum noch bewältigen. Zudem gibt es immer mehr Schülerinnen und Schüler, die aus unterschiedlichen Gründen aus dem Prozess der Inklusion zurück an die Förderschulen kommen. Sie haben häufig das Gefühl, gescheitert zu sein – eine schlimme Erfahrung für Kinder und Jugendliche und keine gute Voraussetzung für das weitere schulische Lernen. Dazu kommt noch, dass es immer mehr Schülerinnen und Schüler an Förderschulen mit psychischen Auffälligkeiten gibt, die manchmal in der Kinder- und Jugendpsychiatrie fürs Erste besser aufgehoben wären.

**ESTHER:** Viele Probleme ergeben sich auch durch die Abordnungen. Immer weniger Kolleginnen und Kollegen melden sich freiwillig zur Abordnung. Jedes Schuljahr dreht sich das Rädchen aufs Neue und die Förderschulen müssen gucken, wer ihnen in welchem Umfang zur Verfügung steht.

**HEINER:** Das Problem mit den Abordnungen hat sich über die Jahre verändert. Früher gab es viel mehr Kolleginnen und Kollegen, die sich freiwillig und voller Enthusiasmus für Abordnungen an die damaligen integrativ arbeitenden Schulen gemeldet haben. Dies hat sich deutlich verkehrt. Wie Esther es geschildert hat – gibt es heutzutage nur noch wenige, die freiwillig in die Inklusion möchten – entweder weil sie selber die Erfahrungen gemacht haben, dass die Bedingungen vor Ort nicht so gut waren oder weil sie von anderen darüber gehört haben. Dazu kommt die Schwierigkeit, an zwei Systemen zu arbeiten. Und jedes System möchte die Lehrkraft fulltime beanspruchen., auch wenn die betreffende Lehrkraft noch nicht mal mit einer halben Stelle abgeordnet ist. Das führt dazu, dass sich die abgeordneten Lehrkräfte oft dafür rechtfertigen müssen, nicht zu jeder Konferenz kommen oder an

jeder Aktivität teilnehmen zu können. Das ist kein gutes Gefühl.

**forum: Die Inklusion wird in jedem Bundesland kritisiert. Gibt es denn andere Länder, die für Deutschland als Vorbild dienen können?**

**HEINER:** Finnland wäre ein gutes Vorbild. Die Lerngruppen sind dort kleiner, was die individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem Förderstatus erleichtert. Mit unserer Schule nehmen wir an einem Erasmus-Projekt teil, unter anderem mit einer portugiesischen Schule. In Portugal gab es noch nie ein Förderschulsystem. Die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf waren immer an den Regelschulen. Es gibt dort allerdings keine Kolleginnen und Kollegen, die sonderpädagogisch ausgebildet sind. Der Austausch über die Inklusion, wie sie dort betrieben wird und über unsere sonderpädagogische Förderung an den unterschiedlichen Förderorten ist sehr spannend und lehrreich.

**forum: Was habt Ihr für Erwartungen an die neue Landesregierung?**

**ESTHER:** Auf der von unserer Fachgruppe organisierten Podiumsdiskussion haben wir Frau Gebauer bereits kennengelernt und befragt. Wenn ich mir den Koalitionsvertrag angucke, kann ich nur hoffen, dass manche der Dinge, die dort angekündigt sind – wie beispielsweise die Mindestgrößenverordnung – auch umgesetzt werden. Die Schließung von Förderschulen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist verfrüht. Die gut arbeitenden Förderschulen sollten nicht nur im Bestand geschützt werden, sondern auch die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessert werden.

**HEINER:** Ich bin gespannt, was es an Veränderungen geben wird. Bisher habe ich, was

unseren Bereich betrifft, nur von der geänderten Mindestgrößenverordnung gehört, die kleineren Schulen ermöglichen soll, bestehen zu bleiben. Diese Verordnung bildet jedoch nur den Rahmen. Letztendlich entscheiden die Städte und Gemeinden, wie sie verfahren wollen. Wenn eine Kommune beispielsweise eine Schule schließen will, dann tut sie dies – unabhängig von der Mindestgrößenverordnung. Spannend wird auch sein, was mit der Inklusion passiert. Die CDU hatte sich auf die Fahne geschrieben, für eine deutlich bessere Schüler-Lehrer-Relation und an verschiedenen Stellen für weitere Entlastungen zu sorgen. Da ist bis jetzt noch nichts umgesetzt worden.

**ESTHER:** Die Aussage der neuen Landesregierung, die Wahlfreiheit der Eltern zu stärken, damit beide Systeme – Förderschulen und inklusive Schulen – parallel existieren können, das Wahlrecht von Eltern ernst genommen werden soll, finde ich sehr interessant. Das steht im Koalitionsvertrag drin, was daraus gemacht wird, das müssen wir kritisch begleiten.

**forum: Muss die GEW sich von der Forderung nach einer Schule für alle verabschieden?**

**HEINER:** Die eine Schule für alle kann nur unter den entsprechenden Rahmenbedingungen gelingen. Darüber hinaus glaube ich, dass es immer Schülerinnen und Schüler geben wird, die nicht vollständig inkludiert werden können. Diese Schülerinnen und Schüler dürfen nicht auf der Strecke bleiben.

**ESTHER:** Die Rahmenbedingungen für eine Schule für alle stimmen im Moment vorne und hinten nicht. Zum Glück gibt es die Förderschulen noch, ich möchte sie in diesen Zeiten nicht missen.



Aktion der GEW Bremen

# Mehr Transparenz und Demokratie, energischere Forderungen!

Bericht vom Gewerkschaftstag der GEW NRW // von **Guido Schönian, Mitglied der Delegation der GEW Köln**

Im November 2017 fand der eintägige, sogenannten „kleine Gewerkschaftstag“ unserer GEW NRW diesmal in Duisburg statt. Eines der Kernthemen war der Personalmangel in den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen des Landes. In der Debatte um die Schritte, die wir als Gewerkschaft gehen müssen, um uns selbst zu entlasten und mehr (junge) Menschen für unseren Beruf zu interessieren, ging es um ganz unterschiedliche Ansätze. Ausführlich besprochen wurde z.B. die Frage, ob wir als Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen für eine Aussetzung des schulscharfen Einstellungsverfahrens und angesichts der dramatischen Personallage ausschließlich für das Listenverfahren plädieren sollen.

Beschlossen wurde u.a. ein Sofortprogramm, das man von der Landesregierung einfordern will. Die genauen Inhalte dieses „Notfall-Plans“ finden sich in der nds (1-2018; S. 28) und auf den Internetseiten der GEW NRW.

## Arbeitskampf gegen Personalmangel

Wie auf der Titelseite der letzten „forum“-Ausgabe bereits angedeutet, wurde aber auch ein energischerer Beschluss gefasst. Mit knapper Mehrheit stimmten die rund 400 Delegierten aus den Stadt- und Kreisverbänden der GEW NRW für folgenden Passus: „Sollte der Arbeitgeber (bei immensen Steuer-Mehreinnahmen!) unseren Forderungen [nach mehr Personal] nicht entsprechen, werden wir Maßnahmen in Erwägung ziehen, die auch das Mittel des Arbeitskampfes mit einbeziehen.“

In der Debatte um diesen Antrag (Bezeichnung: C2), den die Kölner Delegation eingebracht hatte, wurde eingewendet, dass das Personal nicht in den Arbeitskampf gehen kann, wenn die Arbeit aufgrund des Personal Mangels doch von immer weniger Kolleg\*innen geleistet werden muss. Nach dieser Logik dürfte man niemals für mehr Lohn kämpfen oder überhaupt höheren

Lohn fordern, weil unsere Arbeitskraft dadurch teurer wird.

## Frage des Blickwinkels, Frage der Konkretisierung

Abgesehen davon, dass im Antrag selbst auf die besonders gute Finanzlage der öffentlichen Kassen hingewiesen wurde, geht es insgesamt um die Frage der Perspektive: Wer hat den Personalmangel zu beheben – das arbeitende Personal oder der Arbeitgeber?

Und wenn der Arbeitgeber nicht angemessen agiert, bleibt den Beschäftigten nur, die zusätzliche Arbeit auch noch zu leisten oder sich (natürlich mit konstruktiven Vorschlägen im Gepäck) zu widersetzen.

Diese konstruktiven Vorschläge liegen spätestens seit Duisburg vor. Bleibt abzuwarten, was das Schul- und Bildungsministerium daraus macht.

Sollte sich weiterhin nichts verbessern, dann sollten wir Beschäftigten uns die Frage stellen, was in unserer Branche die Mittel des Arbeitskampfes sein können. Der rollierende Streik der studentischen Hilfskräfte in Berlin kann uns dabei ebenso helfen wie der Ansatz, den die Kolleg\*innen an den Hochschulen in Großbritannien verfolgen (vgl. Artikel dazu in diesem Heft).

## Mehr Transparenz, mehr Mut!

Aber auch zu ganz anderen Themen kam es zu Debatten und Beschlüssen. Eine kleine Auswahl an Antragstiteln mag einen Eindruck von der Bandbreite vermitteln, die behandelt wurde:

## „Kampagnefähigkeit für Tarifrunde 2019 stärken“ (A4)

- „Absenkung des Stundendeputats“ (A11)
- „Inklusion ist mehr als die Schließung von Förderschulen“ (B3)
- „Durchführung einer landesweiten Aktionswoche zum Thema Inklusion“ (B4)
- „Einführung von Studiengebühren verhindern“ (E1)
- „Keine Abschiebung von Kindern und jungen Erwachsenen“ (G1)

Die Beschlüsse können nach dem Mitglieder-Login auf den Internetseiten der GEW NRW eingesehen werden.

## Leserbrief zum Artikel

„GOOGLES Geschenke für die Grundschule“ („forum“, Ausgabe 5/2017)

Artikel von Guido Schönian suggeriert die Auslieferung der Grundschulen an einen Konzern. Doch das ist Unsinn // von **Pascal Christoph, Softwareentwickler und Mitglied der GEW Köln**

Der Artikel suggeriert die Auslieferung der Grundschulen an einen Konzern über die Einführung des Mini-computers „Calliope“. Doch das ist Unsinn. Ich würde sonst den „Calliope“ in einer AG an einer Grundschule nicht einsetzen. Weder auf der Hardware ist ein Logo eines Konzerns zu sehen, noch auf der von mir eingesetzten Programmierumgebung: das vom Fraunhofer Institut entwickelte „Open Roberta Lab“ kommt ohne Werbung aus. Es gibt auch andere Editoren, z.B. das von „Microsoft“ finanzierte „pxt“. Dort ist sehr offensiv deren Logo zu sehen. JedeR kann selber entscheiden, welches Werkzeug eingesetzt wird. Ich nutze seit 20 Jahren „Linux“ und würde den Unmut verstehen, wenn in den Schulen etwas eingeführt werden sollte, das an ein bestimmtes Produkt bindet. Das ist bei „Calliope“ aber nicht der Fall. Schade, dass es einige Bücher über den „Calliope“ gibt, in denen „Microsoft“s Programmierumgebung, samt Logo, abgebildet wird. Das ist m.E. unnötige Schleichwerbung. Wenn es nach mir ginge, dürften in öffentlichen Einrichtungen nirgendwo Black-Box-Computer („Windows“, „Apple“) eingesetzt werden. „Google“s Internetsuchmaschine nutze ich seit etwa zehn Jahren nicht mehr – die Marktmacht „Google“s ist mir suspekt. Es gibt Alternativen.

Der wichtigste Punkt aber ist dieser: Aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit wird sich keineR befreien, die/der grundlegende Kulturtechniken ablehnt (und dazu gehört – mag man es oder nicht – das Programmieren). Ich sage „grundlegend“, weil seit 20 Jahren alle (nicht nur die Wirtschaft) von Computern abhängig sind; viele, ohne sich dessen bewusst zu sein. Dabei ist die Angst vor der „Digitalisierung“ (ein Unwort! Weil es viel zu abstrakt ist und dem Begriff so viel Bedeutung inhärent ist, dass es nichts erklärt sondern lediglich ein Gefühl evoziert: entweder von Ohnmacht oder von Macht, je nach Standpunkt) größer als die Schwierigkeit, die Grundlagen des Programmierens zu erlernen. Und damit letztlich überhaupt erst zu substantieller Reflexion und Kritik in der Lage zu sein. Und vor allem dann auch mitbestimmen zu können, wohin sich die „digitale“ Gesellschaft entwickelt, nicht nur zeternd, Zaungast oder kritikloser Konsument zu sein.

## Grundlegende Kulturtechniken sind Lesen und Schreiben, Rechnen und Mathe – dann aber kommt auch bald das Programmieren.

Anders als z.B. in England, wo Programmieren seit 2014 ein Pflichtfach in den Grundschulen ist, wird hierzulande immer

noch darum gestritten, ob ein so offenes und m.E. auch pädagogisch nettes System wie der „Calliope“ eingesetzt werden darf. Klar wäre es schöner, wenn der Staat die Finanzierung komplett in die Hand nähme, doch in den Schulen fehlt es ja nun sowieso schon an allen Enden am Geld. Da es zudem auch möglich ist, den Mini-computer bar jedes Unternehmenslogos einzusetzen und sich niemand die zu schreibenden Programme von Konzernen diktieren lassen muss, sollte eher das Projekt „Calliope“ gewürdigt werden.



Ich verstehe den intuitiven Drang zur Totalblockade, aber sie bringt niemandem weiter. Natürlich muss dieser Republik „der Vogel“ gezeigt werden ob der Unterfinanzierung des Bildungssystems (und nicht nur des Bildungssystems!) bei gleichzeitiger Subventionierung von Millionär\*innen oder Braunkohle oder oder oder. Aber derweil dürfen die Emanzipationsbemühungen nicht aufgegeben werden. U.a. muss der erschreckenden Tendenz, Computer hauptsächlich von Männern programmieren zu lassen, entgegengewirkt werden. Dabei waren in den Anfängen meist Frauen Programmierinnen (das erste Programm überhaupt wurde von einer Frau geschrieben. Die Apollo-Mondlandefähre wäre ohne deren Programmiererin nicht möglich gewesen...). Auch in dieser Hinsicht ist das „Open Roberta“-Projekt „gut“ (mann achte auf das suffigierte „a“).

Die Häme des Artikels darüber, dass „nicht alles rund läuft“, ist unwürdig: Eine Gewerkschaft sollte sich nicht nur um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der von ihr vertretenen abhängigen Beschäftigten kümmern. Sie sollte auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Auge behalten.

## Pascal Christoph, Softwareentwickler und GEW Mitglied, Köln Januar 2018

An einer Grundschule in Köln unterrichtete ich 45 Minuten in der Woche eine Programmier-AG mit acht Kindern. Vor dem Start wurden alle Schüler\*innen der Schule befragt, ob sie in einer „Computer AG“ Interesse hätten. Von den ca. 150 Schüler\*innen ab der 2. Klasse hatten das dann mehr als 70 bekundet. Interessant ist nicht nur das große Anfangsinteresse, sondern auch die paritätische Verteilung des Geschlechts: Bei den jungen Menschen ist die momentane Assoziation von „Computer“ und „Mann“ noch nicht gegeben.

Trotz meiner Kritik mit guten Grüßen!



## Leserbrief zum Artikel

„Die Natur brauchen wir, den Kapitalismus nicht“ von Conny Dahmen („forum“, Ausgabe 5/2017)

*Liebe Redaktion, sehr geehrte Frau Dahmen,*

Sie behaupten in Ihrem Beitrag, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln der entscheidende Faktor bei der Verhinderung des Klimaschutzes sei und fordern als Lösung die Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum. Diese Behauptung ist grotesk, betrachtet man die Umweltzerstörung in den früheren sozialistisch-kommunistischen Staaten, in denen die Industrie „Volkseigentum“ war und Umweltschutz schlichtweg keine Rolle spielte.

Zudem, und das finde ich nun wirklich bedenklich, lassen Sie am Ende Ihres Beitrags Lenins Revolution von 1917 in positivem Licht erscheinen, was beinahe wie eine Glorifizierung anmutet. Es ist ein längst widerlegter Mythos, dass der Kommunismus in Russland bzw. der Sowjetunion erst durch Stalin einen brutalen und totalitären Charakter errungen und zuvor im Anlitz der Menschenwürde agiert habe. Bereits Lenin schaltete 1917 politische Gegner mit Gewalt aus und ging auch in den Jahren bis 1922 (Gründung der Sowjetunion) mithilfe von Leo Trozki's Roter Armee brutal gegen Feinde und vermeintliche Andersdenkende vor. Auch Lenins Politik war auf die gewaltsame Ausschaltung abweichender Vorstellungen angewiesen.

Auch die ab Mitte der 1920er Jahre erfolgte Industrialisierung der Sowjetunion, die mit massiven Umweltzerstörungen verbunden war, als „stalinistisch“ abzutun und dadurch von Lenin zu distanzieren, verdreht die Tatsachen. Stalin, der viel konsequenter als Lenin die Enteignung der Produktionsmittel vorantrieb, wusste, dass der Kommunismus auch im Marxschen Sinne nur auf Basis eines starken Proletariats und Klassenbewusstseins der Arbeiterschaft basieren konnte. Durch die rücksichtslose Industrialisierung musste diese Klasse erst geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Kollektivierung der Landwirtschaft zu nennen. Diese Kollektivierung etablierte eine Form der Landwirtschaft, die in nie dagewesenem Ausmaß die Böden auszehrte, die Produktionsweisen technisierte und Massentierhaltung förderte. All dies sind Maßnahmen, die dem Umweltschutz diametral entgegen liefen – und sie waren Teil des damaligen Kommunismus.

Es ist also geradezu absurd, die Behauptung aufzustellen, der Kommunismus würde den Umweltschutz fördern.

Im Übrigen wurde nicht 1920 in Russland das erste Naturschutzgebiet errichtet, sondern bereits 1864 in den „kapitalistischen“ Vereinigten Staaten, nämlich der heutige Yosemite-Nationalpark.

*Mit freundlichen Grüßen  
Thorsten Henke*

# 1968 / 2018 Blick zurück nach vorn

Köln links, radikal, alternativ, feministisch, autonom...damals...und heute

**Veranstaltungsreihe entlang heute noch aktueller „Kampffelder“, aus den 60/70/80ern  
Lesung, Vortrag, Diskussion - Alle Veranstaltungen beginnen um 19.30 Uhr**

### Donnerstag, 15. März

„Das ist unser Haus ...“ (Ton, Steine, Scherben)  
Allerweltshaus - Von Hausbesetzungen zu „Recht auf Stadt“

### Donnerstag, 12. April

„Berlin brennt, Köln pennt“?  
Uni, Hörsaalgebäude, Raum G - Alter SDS, neuer SDS, Campusgrün, Alternative Liste (AL)

### Donnerstag, 3. Mai

„Make capitalism history“  
DGB, großer Saal - Vom Proletariat zum Prekariat im digitalen Kapitalismus

### Donnerstag, 7. Juni

„Kein Tag ohne Autonomes Zentrum“  
AZ, Luxemburger Straße –  
Vom AZ Weißhausstraße zum AZ Luxemburger Straße

### Donnerstag, 12. Juli

„Hoch die antinationale internationale Solidarität“  
Allerweltshaus - Vom Anti-Imperialismus zum postautonomen Internationalismus

### Donnerstag, 30. August

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit...  
Friedensbildungswerk – Antimilitarismus und Friedensbewegung im Wandel

### Freitag, 14. September

Wohin flog die Tomate?  
VHS/Haubrichhof - Von den „Weiberräten“ im SDS bis zu Feminismen heute

### Donnerstag, 11. Oktober

„Bürger beobachten die Polizei“ und Repression  
SSK Salierring - Rote Hilfe (RH) und Ermittlungsausschuss (EA)

### Donnerstag, 8. November

Gegen den „Meister aus Deutschland“  
Rom e.V. - Antifaschismus u. Antirassismus vor und nach dem Mauerfall

### Donnerstag, 13. Dezember

„Wehrt Euch! Leistet Widerstand!“  
Naturfreundehaus Kalk - Von der Anti AKW Bewegung zu „Ende Gelände“

Aktualisierungen immer hier: <https://stadtlandwelt.org/events/>  
Und: facebook kommt noch  
Einladende: Ina Hoerner, Pui von Schwind, Reiner Schmidt



Tarifvertrag öffentlicher Dienst



## TvöD - aktuell

Die Gewerkschaften verhandeln seit dem 26. Februar 2018 mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über eine Gehaltserhöhung für die Tarifbeschäftigten im Geltungsbereich des TVöD. Bisher haben die Arbeitgeber kein akzeptables Angebot vorgelegt. Die erste Verhandlungsrunde ist gescheitert.

### Die GEW fordert in der Tarifrunde 2018

- Erhöhung der Tabellenentgelte um sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten!
- Erhöhung der Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten sowie Auszubildende um 100 Euro monatlich!

### Ist streiken überhaupt erlaubt?

Das Streikrecht ist verfassungsmäßig im Rahmen der „Koalitionsfreiheit“ (Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz) geschützt. Aus der Koalitionsfreiheit leitet sich das Recht ab, seine Interessen gemeinsam durchzusetzen und dafür das Mittel des Arbeitskampfes zu nutzen.

Ein Streik ist aber nur dann rechtmäßig, wenn er von einer Gewerkschaft getragen wird. Ein Streik ohne gewerkschaftlichen Streikaufruf ist in Deutschland nicht zulässig.

### Wer darf streiken?

Ruft eine Gewerkschaft die Beschäftigten zu einem Streik auf, haben alle ArbeitnehmerInnen dieser Einrichtungen Streikrecht, sofern sie vom „Streikgegenstand“ betroffen sind.

KollegInnen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, sind genauso aufgerufen, sich am Streik zu beteiligen wie Gewerkschaftsmitglieder. Allerdings erhalten nur Mitglieder von ihrer Gewerkschaft Streikgeld und Rechtsschutz.

### Was ist mit denen, die nicht streiken wollen?

Niemand wird zu einem Streik gezwungen. Aber: Alle, die nicht mitmachen, gefährden den Erfolg. Diejenigen, die nicht streiken, kann der Arbeitgeber auch zu Diensten außerhalb der Einrichtung einsetzen.

### Wie komme ich an mein Streikgeld?

Voraussetzung ist, seine Teilnahme am Streik zu dokumentieren. Nur wer sich bei der GEW gemeldet hat, bekommt Streikgeld. Bei Warnstreiks zahlt die GEW pro Streiktag den nachgewiesenen Nettogehaltsabzug als Streikgeld, maximal das Dreifache des auf den nächsten vollen Euro aufgerundeten monatlichen Mitgliedsbeitrags plus fünf Euro für jedes unterhaltsberechtigte Kind. Das Streikgeld unterliegt nicht der Einkommenssteuer.

### Mit welchen Reaktionen des Arbeitgebers muss ich rechnen?

Der Arbeitgeber kann den Teil des Entgeltes, der auf den Zeitraum der Teilnahme an einem Streik entfällt, einbehalten. Eintragungen in Personalakten, Abmahnungen oder Kündigungen wegen der Teilnahme an einem Streik sind rechtswidrig. Die Teilnahme an einem Streik darf auch keine Auswirkung auf die Zahlung eines Leistungsentgeltes haben.

### Muss ich meinen Arbeitgeber über die Beteiligung am Streik informieren?

Über eine persönliche Streikteilnahme muss die streikende Person ihren Arbeitgeber nicht informieren. Auf Anfrage des Arbeitgebers sind aber Einrichtungsleitungen verpflichtet, die Namen von Beschäftigten zu nennen, die an einem Streiktag nicht zum Dienst erschienen sind. Aus Kollegialität kann es sinnvoll sein, die Streikteilnahme anzukündigen. Es erleichtert auch z. B. streikbetroffenen Eltern, solidarisch zu bleiben.

### Wer entscheidet, ob Einrichtungen geschlossen werden und wie funktioniert ein „Notdienst“?

Die Entscheidung zur Schließung der Einrichtung trifft der jeweilige Träger. Vor allem bei längeren Streiks kann es sinnvoll sein, dass in begrenztem Umfang Einrichtungen für Notfälle geöffnet bleiben. Für die Vereinbarung eines Notdienstplanes mit dem Arbeitgeber sind die Gewerkschaften vor Ort zuständig. Notdienste dürfen vom Arbeitgeber nicht einseitig angeordnet werden.

### Was passiert während eines Streiks?

Inhalt eines Streiks ist die gemeinsame, planmäßige und vorübergehende Vorenthaltung der Arbeitsleistung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die konkrete Ausgestaltung des Streiks ist von den Bedingungen vor Ort abhängig.

## Wege in den Ruhestand

Bei unserer Veranstaltung mit dem Experten Jürgen Gottmann werden alle Fragen rund um das Thema Ruhestand beantwortet:

- verschiedene Möglichkeiten einer Zuruhesetzung
- Dienstfähigkeit und Dienstunfähigkeit, die arbeitsärztliche Untersuchung
- begrenzte Dienstfähigkeit
- Errechnung des Ruhegehaltssatzes
- die verschiedenen Abschlüsse (u.a. bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen oder bei Schwerbehinderung) und ihre Wirkung
- Hinterbliebenenversorgung
- mögliche zukünftige Entwicklung beim Ruhegehalt
- Altersteilzeit: Wer kann sie wie und wann nehmen
- Altersteilzeit oder vorzeitige Zuruhesetzung - was ist bei gleichem Zeitpunkt des Beginns der Arbeitsruhe finanziell vorteilhafter
- Vorbereitung von Einzelberechnungen der Pensionsbezüge

**Donnerstag, 12. April 2018 um 17 Uhr**  
im Kölner DGB Haus,  
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln,  
Großer Saal (1. OG)

**Referent:** Jürgen Gottmann

Die Teilnahme für GEW-Mitglieder ist kostenlos, Nichtmitglieder zahlen 10 Euro. Um eine kurze Anmeldung wird gebeten (kontakt@gew-koeln.de).

Diese Veranstaltung wurde von unserer Fachgruppe Grundschule initiiert und ist für alle Schulformen und Interessierte offen.

**Kontakt zur Fachgruppe**

**Grundschule:**  
Martina Schütte,  
E-Mail: schuette-martina@web.de,  
T: 02236-321318  
Anke Bieberstein,  
E-Mail: a.bieberstein@arcor.de,  
T: 0221-213788



## Besuch der Ausstellung „Tintoretto A Star Was Born“ im Wallraf-Richartz-Museum

In Venedig konnte es in der Mitte des 16. Jahrhunderts sehr kalt sein. Doch war die Stadt erfüllt von einem inneren Feuer, von dem Bewusstsein, etwas Besonderes zu sein. In der Stadtrepublik liefen die Fäden von Ökonomie, Religion, Wissenschaft und Macht zusammen. Zwar verlor die Stadt bereits an Einfluss, aber war immer noch der Ort, an dem sich der Reichtum vor aller Welt in Schönheit verwandeln ließ. Venedig war die bildhafte Stadt, die Stadt der Bilder. In diese Zeit vor 500 Jahren wurde Jacopo Robusti, den die Kunstwelt nur als Tintoretto kennt, geboren.

Jacopo erlernte die Malkunst in Venedig. Über seinen Lehrmeister gibt es keine verlässliche Quelle. So bleibt ungeklärt, ob etwas dran ist an der gern erzählten Geschichte mit dem Großmeister Tizian: Der bald dreißig Jahre ältere Malerfürst soll seinen blutjungen Lehrling Robusti nach ein paar Tagen gefeuert haben, weil er angeblich eifersüchtig war auf das außerordentliche Talent des Junggenies. Wahrheit oder Legende? Unwichtig. Passen würde die Story zumindest prima in die Vita des kleinen erwachsenen Jacopo, der als Sohn eines Färbers schon als Kind nach den Werkzeugen des Vaters griff und mit seinen Graffiti einiges Aufsehen erregt haben soll.

An Tizian, dies hatte der junge Maler sicher sehr schnell erkannt, kam keiner heran. Der Großmaler jener Zeit hatte sich doch längst seinen Platz gesichert, Jacopo musste sich dagegen erst positionieren und tat dies mit vermeintlicher Bescheidenheit als „Tintoretto“, als „Färberlein“, das die Leinwände koloriert, wie der Vater die Seide. Tizian stand für edel und teuer, Tintoretto konterte mit schnell und billig.

Und so lief Tintoretto unermüdlich zu den Kirchen, zu den Palazzi der mächtigen Bruderschaften, zur Entourage des Dogen, um Aufträge für sich und seine kleine, familiäre Maler-Werkstatt zu ergattern. Oft ver-

langte er als Lohn nur die Kosten für seine Mal-Utensilien, so groß war sein Eifer, so groß die Sehnsucht, den Umbrüchen, Revolten, Katastrophen seiner Zeit seine Bilder entgegenzusetzen.

„Ins Auge springen“ hieß einer der in sieben Abschnitten unterteilten Ausstellung. Sensationell - so meinte unsere Museumsführerin, wie Tintoretto schon mit 18 Jahren die sonst besinnliche Anbetung der Könige aufbricht, in dem er einen der Könige mit wehendem Mantel herbei „hechten“ lässt. Das Präsent in der ausgestreckten Hand stürzt der junge Mann bis an die Krippe, so als wolle er nichts verpassen.

„Raus aus der Fläche“ ist das Motto des Künstlers. Einerseits stürzen seine Figuren dem Betrachter entgegen, andererseits reißt er den Bildraum nach hinten in schier endlose Fluchten auf. Was in vielen von diesen Bildern auffällt, ist das Konzept von „Öffentlichkeit“. Egal was passiert, wir sehen es, und wir sehen zugleich Menschen, die es ebenfalls sehen, und wir sehen, was noch interessanter ist, Menschen, die es nicht sehen.

Tintoretto steht aber wie die meisten Künstler seiner Zeit nicht allein für eine Stimmung und eine malerische oder eben philosophische Strategie, sondern auch für ein Geschäftsmodell. Er ist, um es kurz zu sagen, der Erfinder des Seriellen in der Malerei. Zuvor war es üblich, dass von den bekannten Gemälden der Meister Kopien gefertigt wurden (und dann Kopien von den Kopien). Tintoretto indes ging einen anderen Weg. Er zerlegte seine Bilder in Elemente, die er für ein nächstes Bild neu zusammenfügte. Mit Fug und Recht konnte er auf diese Weise behaupten, aus seiner Werkstatt kämen Originale zu einem Preis, den man bei der Konkurrenz für eine Kopie bezahlte. Hier also begegnen sich Technik, Ökonomie und Ästhetik aufs Trefflichste. Um ein beständiges Neuarrangement von Bildelementen zu ermöglichen, müssen diese



dynamisch und offen zueinander sein. Das Räumliche in Tintoretto's Bildern, das wir noch heute bewundern, ist ebenso Ausdruck einer veränderten Wahrnehmung wie Folge einer klugen Arbeitsweise: Tintoretto mit seinem Faible für Großformate inszenierte die Bilder mittels Bühnenmodellen und Wachsfiguren, und zwar oft so, dass die realen Räume und das Licht aus dem wirklichen Leben in die Inszenierung einbezogen waren. Kein Wunder, dass Jean-Paul Sartre Tintoretto als „ersten Filmregisseur“ bezeichnete.

Roland Krischel, Leiter der Mittelalterabteilung des Kölner Museums und einer der besten Kenner des Werks von Tintoretto, fand heraus, dass ein großes rätselhaftes Gemälde aus der Sammlung der britischen Königin nicht etwa von dem flämischen Maler Lodewijk Toeput stammt, sondern vom jungen Tintoretto: Das Liebeslabyrinth. In diesem Labyrinth erreicht nur jener auf verschlungener Weise sein Ziel, der alle Stadien und Erfahrungen des Lebens durchläuft. Wer den einfachen Weg wählt, bleibt am Ende bloßer Betrachter.

„A star was born“, so hieß es im Untertitel der Ausstellung, die sich zugleich als Forschungsprojekt verstand. Gerade was die Frühzeit des jungen ehrgeizigen Malers angeht, wird bis heute heftig gerätselt. Köln konnte sich nun mit allerhand neuen Erkenntnissen einbringen. Verschollene Gemälde wurden wiederentdeckt, bekannte Werke wie das Liebeslabyrinth neu bewertet.

Die Kölner Ausstellung stellte Bilder aus, die bis Mitte der 1550er Jahre entstanden. Über achthundert Werke soll Tintoretto bis zu seinem Tode 1594 geschaffen haben fast ausschließlich in Venedig. Kirchen, Scuole, Pallazzi - überall in der Lagunenstadt hat er seine Spuren hinterlassen.

## Programm-Änderung für Dienstag, den 17.4.2018

(Die Renovierung des LVR-Museums in Engelskirchen ist unvorhergesehen erst im Mai beendet.) Statt dessen: Besuch des LVR-Industriemuseums Gesenkschmiede Hendrichs in Solingen

**Treffpunkt für Selbstfahrer\*innen:** Industrie-Museum Solingen, Merscheider Str. 289-297, 42699 Solingen, um 11.15 Uhr

**Treffpunkt für ÖPNV-Benutzer\*innen:** Infopoint am HBF um 10.00 Uhr, Kosten ca. 5 Euro bei Nutzen einer 5er-Karte

Kosten: 4 Euro Eintritt pro Person in der Gruppe

Die Gesenkschmiede Hendrichs ist im originalen Fabrikgebäude untergebracht, in dem Scherenrohlinge produziert wurden. Die Einrichtung mit allen Maschinen und Werkzeugen ist noch komplett vorhanden. Das Besondere dieses Museums ist, dass hier immer noch produziert wird.

Eine einstündige Führung ist gebucht, die um 11.30 Uhr beginnt. Anmeldungen und ggf. wieder Abmeldungen bei Verhinderung unter: GEW-Geschäftsstelle, E-Mail: kontakt@gew-koeln.de, Telefon: 0221-516267.

## Zwei interessante Bauten: Das Bensberger Schloss und Rathaus

**Einladung zu einer Führung mit Markus Juraschek Eckstein**

Mittwoch, 16. Mai 2018, 10.30 Uhr  
Kosten: 10 Euro

**Treffpunkt:** Busbahnhof in Bensberg  
Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Linie 1 bis Endstation, Schnellbus SB 40

Anmeldungen und ggf. wieder Abmeldungen bei Verhinderung unter: GEW-Geschäftsstelle, E-Mail: kontakt@gew-koeln.de, Telefon: 0221-516267.

für Autofahrer gibt es einen P&R Parkplatz am Busbahnhof

## Einladung zur Themenführung „Grüne Apotheke“ im Botanischen Garten

**am Donnerstag, dem 14. Juni 2018**

**Treffpunkt:** 10.45 Uhr am Haupteingang Alter Stammheimer Weg  
Beginn der Führung: 11.00 Uhr (ca. 90 Minuten)

Frau Dr. Birgit Werner wird uns nach einer kurzen historischen Einführung (Französischer Barock, Englischer Garten, Italienische Renaissance, Palmallee ...) durch die aktuelle Ausstellung führen. Die schönsten Bäume, Blüten und Früchte sowie die zahlreichen einheimischen Pflanzen und deren Heilkräfte sind Thema des Rundgangs.

Kosten 2 Euro vor Ort zu zahlen

**Anfahrt ...mit dem öffentlichen Nahverkehr**  
Stadtbuslinien 18 (Haltestelle: Zoo/Flora, zum Haupteingang Alter Stammheimer Weg)

...mit dem Auto den innerstädtischen Wegweisern Zoo und Flora folgen  
Parken auf dem Parkplatz „Am Botanischen Garten 1a“, unter der Zoobrücke und in den Parkhäusern Zoo

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.



## **Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands am 25. April 2018**

Der „Geschäftsführende Vorstand“ (GfV) der GEW Köln wird gemäß Satzung des GEW-Stadtverbandes alle zwei Jahre neu gewählt. Er leitet die laufenden gewerkschaftspolitischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Stadtverbandes. Er führt die ihm vom „Erweiterten Vorstand“ übertragenen Aufgaben durch und ist dem „Erweiterten Vorstand“ sowie der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig.

**Der GfV besteht aus elf gleichberechtigten Mitgliedern, die ihre Aufgaben und Funktionen untereinander aufteilen. Die Wahlversammlung findet statt am**

**25. April 2018 ab 18 Uhr im DGB-Haus Köln.**

Jedes Kölner GEW-Mitglied hat das Recht zu kandidieren. Kandidat\*innen müssen ihre Kandidatur bis zum Beginn der Osterferien (spätestens bis zum 28. März 2018) schriftlich anzeigen an: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de). Einzige Voraussetzung: Sie müssen Mitglied im GEW-Stadtverband Köln sein (also nicht im Umland) und satzungsgemäße Beiträge entrichten.

Der Wahlausschuss – gewählt bei der letzten Jahreshauptversammlung – überprüft die Kandidaturen und leitet die Wahl. Kandidat\*innen stellen sich auf der Wahlversammlung am 25. April 2018 vor und können dort befragt werden. Sie können ihre Vorstellung auch vorher schriftlich zur Veröffentlichung auf der Webseite der GEW Köln einreichen. Gewählt werden kann bei der Wahlversammlung selbst sowie per Briefwahl bis vierzehn Tage danach (Mittwoch, 9. Mai 2018, bis 18 Uhr).

Die genaue Tagesordnung der Wahlversammlung, die Vorstellung der Kandidat\*innen sowie der Rechenschaftsbericht des ausgehenden GfV werden spätestens drei Wochen vor der Wahlversammlung auf der Webseite des Stadtverbandes veröffentlicht.

Es ist von Vorteil für die Arbeit der GEW, wenn sich die zentralen Arbeitsbereiche auch im GfV widerspiegeln. Alle Fachgruppen und Ausschüsse sind darum aufgefordert, über Kandidaturen zu beraten.

Das gewerkschaftliche Hauptthema bei der Wahlversammlung:

Arbeitszeit/Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich

Ein/e Referent\*in aus dem Landesverband Niedersachsen ist angefragt. Die GEW Niedersachsen ist bundesweit federführend beim Thema „Studien zur Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften“.

Die GEW Köln hat sich ebenfalls diesen Themenschwerpunkt gesetzt.